

Bezugspreis:  
Beitrag 30.-M., monatl. 10.-M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Vor-  
bezug: Monatlich 10.-M., ggf. Zu-  
stellungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 18.50 M.,  
für das übrige Ausland bei halbjähr-  
licher Zahlung 21.50 M. Verke-  
hrungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz. — Eintragen in  
die Verzeichnungs-Verzeichnisse.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Rat u. Zeit“ erscheint wochen-  
täglich zweimal, Sonntags und Mont-  
tags einmal.  
Telegraphen-Adresse  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:  
Die achtspaltige Komplexzeile  
kostet 1.-M., Teuerungszuschlag 50%.  
„Kleine Anzeigen“, das ist  
gedruckte Wort 1.-M. (zuletzt zwei  
letzte gedruckte Worte), jedes weitere  
Wort 60 Pfg. Stellensuche und  
Schlüsselanzeigen das erste Wort  
60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
zweite 2.-M., politische und ge-  
werkschaftliche Vereins-Anzeigen  
3.-M. die Zeile ohne Zuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Vorwärts-Büro, Berlin SW 3, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Größtens  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 6. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

## Plötzlicher Elektrizitätsstreik.

Ganz unerwartet ist Berlin von einem Elektrizitätsstreik betroffen worden, von dessen bevorstehendem Ausbruch wohl niemand etwas geahnt hat. Erst durch die nächste Folgewirkung, die plötzliche Lahmlegung des Straßenbahnverkehrs, wurde die Bevölkerung auf das Ereignis aufmerksam gemacht. Da niemand wusste, worum es sich handelte, so bildeten sich bald die aller verschiedenartigsten Gerüchte.

Der Streik geht aus von den Heizern des Elektrizitätswerks Moabit. Von der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin erfahren wir über die Gründe des Streiks folgendes: Seit längerer Zeit, etwa einer Woche, wird mit den Heizern wegen Herabsetzung der Arbeitszeit verhandelt. Die Heizer erklären, daß sie bei der schlechten Qualität der gelieferten Kohle die achtfündige Arbeitszeit nicht aushalten können. Die Direktion erklärte sich bereit, die Arbeitszeit auf 7 Stunden herabzusetzen. Damit waren aber die Heizer nicht zufrieden, die den sechsfündigen Arbeitstag verlangten. Am Dienstag nachmittag 3 Uhr legten sie plötzlich ohne vorherige Ankündigung die Arbeit nieder und verließen den Betrieb.

Es handelt sich offenbar um einen wilden Streik, der aber dadurch von Bedeutung ist, daß er eine große Anzahl von Betrieben in Mitleidenschaft zieht und zahlreiche Arbeiter zum Feiern zwingt.

Die Korrespondenz B. E. gibt folgende mit der unseren im wesentlichen übereinstimmende Darstellung:

Berlin ist am gestrigen Dienstag in überraschender Weise von einem Streik der Elektrizitätsarbeiter betroffen worden, dessen Ursachen bis zur Stunde noch wenig geklärt sind, da selbst die Direktion der städtischen Kraftwerke widersprechende Meldungen über die Ursache des Ausstandes bekannt gibt. Durch den Streik ist ein großer Teil des Berliner Straßenbahnverkehrs lahmgelegt worden. Die Einstellung der Arbeiten im Kraftwerk Moabit erfolgte so plötzlich, daß die Straßenbahnwagen in Moabit auf den Straßen stehen bleiben mußten, ohne daß das Personal die Möglichkeit hatte, diezüge wenigstens in die Bahnhöfe zu bringen. Die großen Geschäfte und Kaufhäuser wurden von dem Lichtstreik in der allerunangenehmsten Weise überrascht. Sie mußten ihre Geschäfte mit Einbruch der Dunkelheit schließen. Die Kraftwerke Südwest und Charlottenburg arbeiteten weiter, so daß die Direktion der Straßenbahn wenigstens den Verkehr nach dem Westen aufrecht erhalten konnte.

Die Direktion der Straßenbahn erhielt am Nachmittag von der Direktion der Kraftwerke die lakonische Meldung, daß im Kraftwerk Moabit Lohn Differenzen mit den Arbeitern ausgebrochen seien und daß die Angelegenheit am heutigen Mittwoch den Magistrat beschäftigen werde. Als

sich die Direktion der Straßenbahn an den Betriebsrat des Fahrpersonals wandte und fragte, ob am heutigen Mittwoch das Personal arbeiten werde, erhielt sie eine ausweichende Antwort.

Die Gründe zu dem Streik dürften nach Ansicht der B. E. Korrespondenz, der wir die Verantwortung für diese Verhinderung überlassen müssen, letzten Endes in politischen Ursachen zu suchen sein. Es haben nämlich am gestrigen Dienstag bereits Verhandlungen zwischen Elektrizitätsarbeitern und Straßenbahnern stattgefunden, um die letzteren zur Solidarität zu verpflichten. Auch zwischen den Arbeitern der einzelnen Kraftwerke fanden Besprechungen statt, die Heizer des Kraftwerkes Kummelsburg erklärten sich ohne weiteres zur Solidarität bereit. Wie die genannte Korrespondenz weiter hört, werden am heutigen Mittwoch Vormittag im Rathaus Besprechungen mit den Streikenden und Beauftragten des Verbandes der Heizer und Maschinisten stattfinden, von deren Ausgang es abhängen wird, ob Berlin noch länger ohne Licht und Kraft bleibt.

Durch den überraschend gekommenen Elektrizitätsstreik ist auch die Herstellung unserer Zeitung in Mitleidenschaft gezogen worden. Wegen des Versagens des elektrischen Stromes mußte der „Vorwärts“ zum Teil außerhalb unseres Betriebes gedruckt werden. Hierdurch machte sich für einen Teil der Auflage ein früherer Redaktionsschluss als sonst notwendig, so daß für diesen Teil die letzten eintausenden Depeschen nicht mehr verwertet werden konnten. In Anbetracht der besonderen Umstände bitten wir unsere Leser dies zu entschuldigen.

### Die Haltung der Straßenbahner.

Zu dem Elektrizitätsstreik meldet B. E.: Durch den Streik im Städtischen Elektrizitätswerk Moabit löste im Hansviertel auch die elektrische Beleuchtung aus, so daß ganze Straßenzüge in Dunkel getaucht sind. In der Telephonzentrale des Amtes Centrum arbeiten die Telephonistinnen bei Taglicht, da auch hier der Strom abgeschnitten worden ist.

Wie wir weiter erfahren, ist es an einigen Stellen der Stadt allem Anschein nach zwischen streikenden Arbeitern und Straßenbahnern zu Auseinandersetzungen gekommen. Die ersten haben die Straßenbahnfahrer z. B. an der Ede-Velle-Allee- und Eneiferautstraße aufgefordert, in den Streik einzutreten. Die Fahrgäste wurden zum Verlassen der Wagen genötigt. In allen Fällen trat die Sicherheitspolizei sofort ein, so daß die Ruhe wiederhergestellt worden ist. Der Straßenbahnverkehr hat jedoch vollständig aufgehört. Reizliche Meldungen von der Einstellung des Straßenbahnverkehrs liegen auch aus Halensee und Wilmerdorf vor. Daß die Straßenbahner in einen Streik eintreten könnten, hält man an maßgebender Stelle für ausgeschlossen, da es sich nur um geringe Forderungen der Straßenbahner handelt, die die Direktion erfüllen zu können hofft. Die Verhandlungen zwischen der Direktion und den Straßenbahnern sollen einen günstigen Verlauf nehmen.

## Frankreich gegen Oesterreich.

Die Nachricht, daß die deutschösterreichische Nationalversammlung einstimmig beschlossen hat, ein Plebiszit über die Frage des Anschlusses an Deutschland zu veranstalten, hat ihren starken Eindruck auf die Orientländer nicht verfehlt. Bekanntlich gehen, wie in so vielen anderen Fragen, die Ansichten der einzelnen Alliierten gegenüber diesem Streben des deutschösterreichischen Volkes nach Vereinigung mit dem Deutschen Reich schon seit geraumer Zeit auseinander. Allgemein ist im Lager der Entente die Ansicht zum Durchbruch gekommen, daß Deutschösterreich, so wie es in Saint-Germain künstlich und gewalttätig geschaffen wurde, nicht lebensfähig ist. Die namenlosen Leiden der Wiener Bevölkerung während des Winters 1919-20 haben allen Politikern Europas die Augen geöffnet, und sogar in Frankreich ist während der Ratifikationsdebatten über den Frieden von St. Germain manche Stimme laut geworden, die auf die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes eindringlich hinwies. Aber auch diese verhältnismäßig Einsichtigen haben den einzigen Ausweg darin, daß Oesterreich eine umfassende Hilfe wirtschaftlicher und finanzieller Art zu gewähren sei — eine Hilfe aber, die Frankreich zu allerletzt imstande ist zu leisten.

Italien dagegen hat die Gefahr erkannt, die in einem Festhalten an dem ursprünglichen Standpunkt des Anschlußverbotes erwachsen könnte: die Bildung einer sogenannten „Donau-Konföderation“, die alle mehr oder weniger — vor allem weniger — lebensfähigen Staatengebilde umfassen würde, in die die einstige Subburger Monarchie zerfallen ist. Italien, das ganz gut weiß, daß ihm vom neuen Deutschland dagegen keine Gefahr droht, und das sich längst von der Psychose befreit hat, unter der das amliche Frankreich noch immer leidet, macht aus seinen Ansichten schon längst kein Geheimnis mehr und tritt offen für die Zulassung des Anschlusses ein.

England ist an dieser Frage wenig interessiert. Im ersten Jahre nach dem Waffenstillstand gab Lloyd George fast allen Wünschen Frankreichs nach und erkaufte sich mit diesem Wohlwollen die Handlungsfreiheit und die Vorteile, die es auf anderen Gebieten, zum Beispiel in der Frage der Verteilung der deutschen Kolonien und der deutschen Tonnage, brachte. Indessen ist die liberale und sozialistische Strömung in England gewaltig gewachsen, die Opposition gegen die Gewaltfriedensverträge von Versailles und St. Germain nimmt von Monat zu Monat zu, und das englische Anstandsgefühl, das niemals ausgestorben ist, besonders nicht da, wo Englands Interessen nicht direkt auf dem Spiele stehen, hat Lloyd George gezwungen, sein Urteil über verschiedene Fragen der europäischen Politik zu ändern, zu denen auch die Anschlußfrage gehört.

Allein Frankreich sträubt sich noch immer, teils aus aufrichtiger — aber sinnloser — Angst vor einem wiederherkommenden Deutschland, teils aber auch in der Sucht nach Demütigung und Schikanieren des zu Boden liegenden Gegners gegen die Verwirklichung dieser rein ideellen Forderung des Anschlusses. Gestützt auf die entsprechenden Artikel der Verträge von Versailles und von St. Germain und auf die Beratung des Völkerbundesstatutes, wonach eine Grenzveränderung nur zulässig ist, wenn der Völkerbundrat einstimmig damit einverstanden ist, macht es sich fort, durch seine Opposition den Anschluß in alle Ewigkeit zu hintertreiben.

Nun gibt es aber, glücklicherweise, neben der rohen Gewalt, auf die sich die Breiten der Nachkriegszeit, nämlich die Franzosen, stützen, noch eine Macht des Idealismus, die in allen anderen Ländern noch etwas gilt. Und die einmütige Kundgebung der österreichischen Nationalversammlung, die nur das Vorbild zu einer einmütigen Kundgebung des gesamten deutschösterreichischen Volkes war, ist in der Tat geeignet, alle Europäer, die noch einen Funken von Anstand und einen Rest von Gewissen besitzen, an dieses Verbrechen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu erinnern.

Alle Europäer? Nein! Denn Frankreich läßt bereits die Welt wissen, daß keine noch so einmütige Kundgebung des deutschösterreichischen Volkes es aus seinem Fensterstandpunkt abzubringen imstande wäre. Der „Dena“ zufolge schreibt der „Temps“, also das offizielle Organ des Pariser Auswärtigen Amtes, zu diesem Beschluß des österreichischen Parlamentes u. a. folgendes:

Wenn man in Wien die Organisation einer Volksabstimmung vorschlägt, so heißt das offensichtlich, daß man auf ein dem Anschlußgedanken günstiges Ergebnis hofft, ein Ergebnis, das im Ru ein Argument darstellen würde, aus dem die Deutschen zu Ruh und Frommen ihrer These jeden Vorteil zu ziehen nicht unterlassen würden. Das Plebiszit hätte also offensichtlich keinen anderen Zweck, als der ganzen Welt verkündigen zu können, daß man dem österreichischen Volke das Recht, frei über sich selbst zu bestimmen, versagt. Nun hat bereits die Friedenskonferenz die elementare Vorsicht obwalten lassen, in den bindendsten Formen die Unabhängigkeit Oesterreichs festzusetzen, weil

## Vorschläge zum Tauschhandel.

Paris, 5. Oktober. (S. N.) Die Blätter weisen darauf hin, daß der französische Gesandte in Berlin, Laurent, der jetzt in Paris angekommen ist, anstatt eines Programms für Schadenersatzvergütung, das die deutschen Minister versprochen hatten, nur Vorschläge zum Tauschhandel mitgebracht hat, aber daß aus diesen Vorschlägen der offizielle Wunsch hervorgeht, zu einer baldigen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu kommen. „Echo de Paris“ schreibt: „Deutschland will das Abkommen von Boulogne nicht aufheben, laut welchem es im Austausch für Vorschüsse zur Verbesserung der Ernährung der deutschen Bergarbeiter Frankreich die Bons, die am 1. Mai 1921 fällig werden, früher zurückzahlen hat. Frankreich muß deshalb diese neue Bürde, die am 1. August 124 Millionen Franc beansprucht hat und wahrscheinlich den gleichen Betrag für den September in Anspruch nehmen wird, vorläufig selbst tragen. Außerdem verwendet die Deutsche Regierung die Vorschüsse nicht für die Ernährung der Bergleute, sondern das Geld verschwindet in dem dunklen Kreislauf der Finanzoperationen, über die Herr von Bergmann, der Deutschland in Brüssel vertrat und der sich jetzt in Paris befindet, der Kommission für Schadenersatz Informationen erteilen soll.“

## Volkspartei gegen Sozialisierung.

### Drehscheibenpolitik der volksparteilichen Minister.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich in ihrer Weimarer Tagung auch mit der Frage der Sozialisierung befaßt und eine Resolution angenommen, die in ihren entscheidenden Sätzen folgendes besagt:

Experimente am Wirtschaftskörper, zumal solche, die nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen erwachsen sind, müssen angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Not und der außenpolitischen Lage zurückgelassen werden.

Wir bekennen uns grundsätzlich zur Unentbehrlichkeit des Unternehmungsgeistes und erkennen in der Erhaltung der selbständigen Erfindungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Mittelstand eine unserer dringendsten und vornehmsten sozialen Aufgaben.

Von diesem Gesichtspunkt aus lehnen wir die beiden für die Sozialisierung der Rohstoffwirtschaft gemachten Vorschläge der Sozialisierungskommission ab, bei deren Zustandekommen überdies dem Sachverständigen des Bergbaus ein bestimmender Einfluß nicht eingeräumt worden ist.

An den Weimarer Verhandlungen der Deutschen Volkspartei haben auch die Minister der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze und v. Kaumer teilgenommen. Die „Kreuzzeitung“ wirft die berechtigte Frage auf, ob diese beiden Minister seinerzeit dem Kabinettsbeschlusse zugestimmt haben, durch den der Reichswirtschaftsminister beauftragt wurde, umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzunehmen. Sie hält das für ausgeschlossen. Aber doch ist es so. Dieser Beschluß wurde vom Reichskabinet am 22. September einstimmig gefaßt. Sämtliche drei Minister der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, v. Kaumer und Scholz, waren bei dieser Beschlussfassung anwesend und haben zugestimmt. Ein zwiespältiges Verhalten, das selbst durch den jesuitischen Ausspruch des Grafen Leichter „im Staatsrat spreche ich anders“ nicht genügend geklärt wird.



seiner Vereinigung mit Deutschland das neue europäische Gleichgewicht geschaffen würde und im Herzen Europas trotz der Niederlage der Zentralmächte ein Deutschland entstehen ließe, territorial viel ausgedehnter und numerisch viel stärker als das Deutschland, das 1914 der ganzen Welt den Krieg erklären zu können glaubte. Die Entente kann einer solchen Lösung, die unweigerlich die Rückkehr zu den Methoden, mit denen der deutsche Imperialismus und der preussische Militarismus ihre Weltbeherrschung aufzuhalten gedachten, vorbereiten würde, niemals seine Zustimmung geben. Unterliegt das österreichische Volk in seiner Gesamtheit wirklich der moralischen und politischen Abhängigkeit Deutschlands bis zu dem Grade, daß es bereit ist, Teilhaken Herzog's seine unabhängige Existenz dem Versprechen der Aufnahme in das Reich zu opfern? Es wird erlaubt sein, zu glauben, daß die in Wien entstandene und von den Westmächten energisch gestützte Bewegung in Wirklichkeit eine ziemlich künstliche ist.

Die Strömung zugunsten des Anschlusses entsteht aus der Erwägung, daß Österreich mit den ihm auferlegten Grenzen und Lasten nicht hoffen kann, sich politisch und wirtschaftlich zu erholen, während seine Vereinigung mit Deutschland ihm ernsthafte Zukunftsmöglichkeiten eröffnen würde. Das sind gefährliche Illusionen, denn man fragt sich, was Deutschland wohl wirklich Österreich helfen könnte, da es ja selber ein großes Bedürfnis nach Hilfe findet, um sein altes Gedeihen wiederherzustellen. Wenn die Lasten Österreichs schwer sind, diejenigen Deutschlands sind noch viel schwerer, so daß also die Vereinigung beider Länder nichts anderes wäre, als die Vereinigung von zweierlei Elend. Österreich hat von Deutschland keinerlei wirtschaftliche Hilfe zu erwarten, während allein die Hilfe und der Beistand, die die Entente ihm leisten werden, sein Heil sichern können. Diejenigen Leute in Wien, die nicht dem deutschen Einfluß unterliegen, wissen das wohl, und wenn sie sich des Arguments der Volksbefragung bedienen, so vornehmlich, wie es scheint, nur deswegen, um es als ein Druckmittel auf die Entente zu benutzen und bei der Wiederherstellungskommission die für die österreichischen Interessen günstige Lösung herauszuschlagen. Wenn es das ist, was man in der Anschlußbewegung besonders zu untercheiden hat, so muß gesagt werden, daß das Manöver ein wenig plump ist. Denn es ist wichtig, daß das österreichische Volk sich darüber klar werde, daß wenn es auf wirksame Hilfe der Entente rechnet, die diese zu geben den festen Willen hat, es loyal auf jeden Plan unverzüglicher oder späterer Vereinigung mit Deutschland einzutreten muß und daß es sich ohne Vorbehalt und Einschränkung dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages von St. Germain in diesem Punkte anzupassen hat. Das ist eine Frage, über die Frankreich für seinen Teil in keinem Falle mit sich verhandeln lassen wird.

Dieser Standpunkt ist außerordentlich kurzschichtig und dummes. Seine Begründung, daß die Anschlußbewegung eine alldeutsche Sache sei, ist kennzeichnend für die Geistesverfassung der französischen Diplomaten. Daß Otto Bauer und die „Arbeiter-Zeitung“, die von Anfang an an der Spitze der Bewegung stehen, „alldeutsche“ Treiber seien, sind Argumente, wie sie höchstens im Gehirn der reaktionären Herrschaften reifen können, die heute im Quai d'Orsay mohlgeldend sind. An die Ententehilfe glaubt im hungernden Österreich schon längst keiner mehr und sogar die wenigen Sozialdemokraten wie Dr. Kerner und die „christlichen Sozialen“, die eine Beilegung eine Rettung von der „westlichen Orientierung“ erhofften, haben sich davon überzeugen müssen, daß keine noch so demütigende Haltung Frankreich gegenüber das deutschösterreichische Volk vor dem Tode retten könne.

Es mag zwar an sich und vorläufig richtig sein, daß der Anschluß nur die „Vereinigung von zweierlei Elend“ wäre. Die Deutschen wissen es am allerbesten, daß der Anschluß dem Reiche zuerst nur noch mehr Lasten aufbürden würde. Wenn sie aber dennoch den Augenblick ebenfalls heiß ersehnen, an dem Deutschösterreich und Deutschland nur noch eins bilden werden, so geschieht dies nicht aus den Erwägungen heraus, die ihnen der „Tempo“ unterstellt. Das amtliche Frankreich, das in den Menschen nur die

Soldaten zählt, ist so rückwärtlich und imperialistisch gefinnt, daß es sich gar nicht vorstellen kann, es gebe auch die alldeutsche Idee, für die man bereit sei, auch wirtschaftliche Opfer zu bringen. Es schließt von seiner eigenen reaktionären Gesinnung auf die der anderen.

Je länger es dem Anschluß dieser elementarsten und klarsten Forderung der Gerechtigkeit Widerstand leistet, desto tiefer wird es in dem Ansehen der anständigen und einsichtigen Menschen sinken, deren Zahl vor allem mit den Fortschritten des Sozialismus in den einzelnen Ländern und auch im französischen Volke ständig wächst.

Die Internationale, die in Luzern und in Genè bereits zweimal die Berechtigung des Anschlusses feierlich anerkannt hat, steht hier vor der dankbaren Aufgabe, einem klaren Rechtsstandpunkt zum Siege zu verhelfen!

## Polnischer Blaufoller.

### Schwierige Entwaffnung in Oberschlesien.

Kattowitz, 3. Oktober. Die Besatzungsbehörden lösen jetzt die sogenannten Ortsgehenden und sonstigen wilden Polizeiformationen energisch auf. Die Polen in den Grenzbezirken leisten aber dem Wiedereintritt der brawen Polizei besonderen Widerstand.

In Myslowitz ist es in der gemeinsamen Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats mit dem französischen Bezirkskommandanten, der den Befehl überbracht hatte, daß die blaue Polizei ihren Dienst sofort wieder aufnehmen und die einseitige polnische Polizei zurücktreten oder sich, soweit sie dazu geeignet, der ordnungsmäßigen Polizei zur Verfügung stellen solle, zu unterstützen aufgefordert worden. Die polnische Fraktion lehnte unter großem Lärm die blaue Polizei für Myslowitz ab und drohte mit Aufstand. Vergeblich gebot der französische Kommandant Ruhe. Als ein polnischer Stadtverordneter durch den Saal schrie: „Und wenn ich meine Familie unglücklich mache, ich schicke den ersten Mann, den ich auf der Straße treffe, über den Haufen“, verließ der französische Kommandant den Saal unter dem Tönen der Polen, das sich bis auf die Straße fortsetzte und dort Zusammenrottungen hervorrief.

Gestern erschien die blaue Polizei für Myslowitz, von französischen und Aufstellungsoffizieren empfangen und nach dem Polizeigebäude geleitet, das von der polnischen Ortswehr, halb-wildigen Durchsicht, sofort geräumt wurde. Zusammenrottungen auf den Straßen wurden von französischem Militär auseinandergetrieben. In Myslowitz ist die Lage wieder sehr gespannt.

Auch in Boguszyca lehnen die Polen die Rückkehr der blauen Polizei scharf ab und fordern deren Auflösung in ganz Oberschlesien.

## Eisenbergers Freilassung abgelehnt.

München, 5. Oktober. (Z. N.) Der Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtages hat heute einen Antrag der Unabhängigen auf Freilassung des gestern wegen Hochverrats verurteilten kommunistischen Abgeordneten Eisenberger mit allen gegen 6 sozialistische Stimmen abgelehnt.

## Einstein bleibt in Berlin.

Aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird mitgeteilt:

Durch die Presse, insbesondere die des Auslandes, gehen immer von neuem alarmierende Nachrichten des Inhalts, Prof. Albert Einstein gedenke in nächster Zeit Berlin und Deutschland zu verlassen und einem Aufse in eine ausländische Hochschule Folge zu leisten. Im dieser Gerüchten, die insbesondere im Auslande in tendenziöser Weise ausgebreitet werden, ein für alle Male den Boden zu entziehen, sei hier die Antwort Albert Einsteins auf das bekannte, vor einigen Wochen an ihn gerichtete Schreiben des Ministers Hoeslich mitgeteilt. Einstein schreibt:

Requisitens für das Heer schufen Erleichterung. Die militärischen Ereignisse, die das Heer reichlich in Feindesland vordringen ließen, führten ihm dort auch die Ernährung, so daß die französische Ernte der Getreide blieb. Die Preise waren ungeheuerlich hoch. Am 2. Januar 1795 kostete in Paris das Pfund Brot 50 Fr., das Pfund Fleisch 60 Fr., ein Scheffel Kartoffeln 200 Fr., eine Flasche Wein 100 Fr. Im den Kermereien die Lasten die ihnen aus dem Gewerbe der rationierten Waren erwachsen, trägt sie zu machen, nahmen der Staat und die Municipalität die Lasten auf sich, mit schlechtem Erfolge. Denn die Preise blieben auch so eine erdrückende Last und verhinderten nicht den Ausbruch von Meutereien.

Am schrecklichsten wütete der Hunger in Paris. Die Stadt war tatsächlich ein Vulkan geworden, jeden Tag drohte die Gefahr, daß das Volk Hunger und Entbehrung rasend geordnete Volk die Regierung umfingerte und ein Chaos schuf. War das Volk schon unter der Herrschaft des Zwanges und der Höchstpreise eben vor dem Hungertode geschützt, so wütete nun, da der freie Handel registrierte, die Sterblichkeit als Folge des Hungers in furchtbarer Weise, vernichtete die wilde Jagd nach Nahrung jedes edle Gefühl, jede Moral. Es ist das Ende der Stadt gekommen zu sein. Die jeder der Zeitgenossen war dem Jammer nicht gewachsen, wir finden nur knappe, nächste Verläufe, die aber, ohne die sonst übliche gallische Eloquenz, um so näherer wirken. Die Regierung, voll Angst vor dem Volke, tat alles, um Lebensmittel heranzuholen. Gendarmen trieben die Lebensmittel- und Holztransporte zur äußersten Schnelligkeit an, requirierten Pferde zu diesem Zwecke. Auch jetzt, genau wie zu den Zeiten der Zwangswirtschaft, nahm die Regierung den größten Teil des Einkaufspreises auf sich, was mit ungeheuerlichen Ausgaben verknüpft war. Im November sagte Dubois-Grancs am 18. Nov. 1795: „Ihr gebt das Pfund zu 3 Sous, und es kostet Euch 4 Fr., bei den 8000 Tontnern Mehl, welche Paris täglich verzehrt, würde die Ausgabe dafür 1200 Mill. Fr. jährlich betragen.“ Am 7. Monate später der 6. Dez. 1795 kostete, belief sich die Ausgabe auf 546 Mill. Fr. monatlich.

Das Stehen vor den Läden, um die Waren zu erhalten, die Bildung von endlosen Kämpferkolonnen, blieb ebenso üblich wie zu den Zeiten der Zwangswirtschaft. Entsetzliche Szenen sah das Paris von 1795 und 1796. Die Mäkte hindurch stand das Volk vor den Läden, um morgens, wenn die Läden geöffnet wurden, zur Stelle zu sein. Und das im strengsten Winter von 1794 auf 1795, der Wogen hindurch eine gefrorene Seine erleben ließ. Als der Ventose, der Wintermonat (vom 19. Februar bis 20. März) kommt, wird die Ration auf 1 1/2 Pfund reduziert. Als der Ventose beendet ist, wird die Ration auf 1 Pfund gesenkt; in Wahrheit empfangen viele nichts, viele nur 1/2 Pfund. Und so wird von Monat zu Monat die Ration schmaler oder verläßt ganz. Die Wohlhabenden essen Kartoffeln, die nur ihnen ersichtlich sind, ebenso wie Butter, Gemüse, Obst, Fleisch.

Man sieht aus diesen historischen Erinnerungen, daß unter Umständen die plötzliche Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Notwendigkeit sein kann, die außerordentlich bedenklich für die breiten Massen und die Staatsfinanzen wirkt. Demen, die eine allzu schnelle Abschaffung der Brotkationierung fordern, müssen die obigen Lehren

„Eurer Erzählung Schreiben erfüllt mich mit dem Gefühl aufrichtiger Dankbarkeit. Ganz unabhängig von der Frage, ob ich soviel Wohlwollen verdiene, habe ich in diesen Tagen erlebt, daß Berlin die Stätte ist, mit der ich durch menschliche und wissenschaftliche Beziehungen am meisten verknüpft bin. Einem Aufse ins Ausland würde ich nur, in dem Falle Folge leisten, daß äußere Verhältnisse mich dazu zwingen.“

„Äußere Verhältnisse, die Einstein zwingen würden, Berlin zu verlassen, können wir uns nicht vorstellen. Es würde gerade kein erhebender Eindruck gewesen sein, wenn Einstein vor dem Radikalfemismus die Segel gestrichen hätte.“

## Der Karlsbader Parteitag.

Karlsbad, 5. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) In der weiteren Debatte spricht der Oberbürgermeister von Vodenbach Reizner in vermittelndem Sinne. Das Proletariat habe heute viel mehr zu verlieren, als seine Ketten, nämlich seine Organisation, seine Bewegungsmöglichkeit und das Vertrauen der Arbeiter in die sieghafte Kraft des Sozialismus.

Als letzte Diskussionsrednerin hielt die Genossin Kirpal-Auffig eine geradezu erschütternde Rede. Sie betonte, daß in der Tschechoslowakei jetzt schon 600000 Kriegsinvaliden und 35000 Kriegswitwen und -weisen sind. Sie erklärt weiter unter lebhafter Zustimmung, daß heute in der Arbeiterschaft der Egoismus leider noch über dem Idealismus stehe und sie behaupte es besonders, daß die Beziehungen zur Sozialisierung in den sozialistischen Gemeindevertretungen durch geradezu unerfüllbare Forderungen der Arbeiter zum Scheitern gebracht werden. Sie schließt unter dem stürmischen Beifall der großen Mehrheit mit einer eindringlichen Mahnung zur Einigkeit.

Darauf verliest Malcolin-Reichenberg, der Sekretär der Gewerkschaftskommission, die bereits angeführte Erklärung, aus der noch hervorzuhelen ist, daß darin die Betriebsräte als eine ausschließliche Angelegenheit der Gewerkschaften bezeichnet werden. Die Wiedererweckung der gewerkschaftlichen Internationale nach dem Kräfte sollte beispielgebend sein auch für die politische Arbeiterbewegung.

Die Linke gibt eine Erklärung ab, die sich gegen jede Schwächung, Verschlingung oder Verschlingung der Gewerkschaften richtet. Man wolle die Gewerkschaften mit revolutionären Klassenkampf erfüllen. Die Bezeichnung des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes als „gelbe“ sei kein Angriff gegen die freien Gewerkschaften, sondern nur gegen die Leitung und Politik des Amsterdamer Bundes.

Das Bürgermeisteramt in Kuffig stellt mit, daß der Redakteur Franke gegen Kanton in München in Freiheit gesetzt worden ist.

In Schlußwort erklärt Kreibitz, ohne Krieg kommen wir nicht mit der Gesellschaft aus. Die tschechische Linke hat die watsponnase Ideologie aufgegeben, und es wird deswegen eine ungeheure Hege gegen sie entwickelt. Wenn aber dieser Staat von der Reaktion angegriffen werden sollte, so werden wir die deutschen Proletarier aufrufen,

### gemeinsam mit den tschechischen Arbeitern

ihre Leben an den Grenzen einzusetzen, um diesen Staat zu verteidigen. (Stürmischer Beifall.) Wenn dieser Bund durch Blut gekittet sein wird, dann werden wir in diesem Bunde keine weitere Diktatur der Bourgeoisie bilden. Die Rede Kreibitz schließt mit einer Steigerung für den Kommunismus. (Stürmischer Beifall bei der Wiederholung.) Seliger hält ein höchst eindrucksvolles Schlußwort. Nach seinen letzten Worten erklärt er: Wenn das große Verbrechen an der Arbeiterklasse geschieht, daß sie in der Stunde der Schmach die Revolution hineingetrieben wird, dann muß noch jemand übrig bleiben, der die Knochen des Proletariats nach der Niederlage zusammenheftet zu einer sozialistischen Partei, und wenn sie alle den Reichenberger Richtlinien folgt. Es ist ja leicht, mit Schlagworten die Mehrheit zu gewinnen, doch werde ich allein als Sozialdemokrat bleiben, damit ein würdiger Rest der alten Kraft erhalten bleibt.

Karlsbad, 5. Oktober. (Z. N.) Auf dem Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei gab Razon nach einer Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen namens 38000 Angehörigen die Erklärung ab, daß diese den Anschluß an die Dritte Internationale entschieden verweigern.

## Zwangswirtschaft und freier Handel in der französischen Revolution.

Je mehr der Ruf nach dem freien Handel auf allen Gebieten erhoben und je mehr die Welt durch die fortgesetzte steigende Völkergeldflut entwertet wird, desto mehr nähern wir uns den Verhältnissen, wie sie 1794 in Frankreich herrschten, als am 28. Juli mit dem Sturz der Jakobinerherrschaft das ganze Zwangswirtschaftssystem einzustürzen begann. Damals begannen die Hungerdrei, anstatt abzunehmen, sich zu verdoppeln und zwar gleich nach Abschaffung der Höchstpreise und der Zwangsmassnahmen. Von Monat zu Monat wurde er stärker, besonders in dem Sommer 1795, als die neue Ernte heranrückte und die Kornlager leer wurden. Die Not war nicht nur in den Städten, großen wie kleinen, sondern auch in den Dörfern sehr groß. Viele Bauern waren ganz von Korn entblößt, wegen der rücksichtslosen Requisitionen, die für das Heer und zur Versorgung der Stadt Paris veranlaßt wurden. So schrieb eine ländliche Gemeinde im Departement Seine-et-Marne, daß wenigstens 200 Bürger ohne Brot, ohne Korn und ohne Mehl wären, ihre Nahrung bestände nur noch aus Mele und Hülsenfrüchten.

So groß auch die Hungernot auf dem platten Lande war, noch schlimmer war sie in den Städten. Die Hungernden verdrängten sich über das Land, um dort nach Lebensmitteln zu suchen. Schließlich mußten allenfalls die städtischen Magistratsräte das Prinzip des freien Handels durchzuführen. Sie mußten mit Hilfe der Gendarmen die Lebensmittel auf den Dörfern requirieren, und bisweilen erhielten sie von der Regierung ein Almosen von Korn, Hafer oder Mehl. Auch erwieb sich, daß die Rationierung nicht zu vermeiden war. Die Rationen waren dabei jämmerlich klein. In Brienne betragen sie je 3, 7, 6 oder 5, 4, 3 Unzen Korn für jede Person täglich, in den Städten des Departements Seine-et-Marne ein halbes Pfund Brot auf den Kopf täglich im Sommer und Frühjahr 1795, in den Städten des Departements Seine-et-Marne, bei Paris und Versailles ein Viertelpfund Brot, in Saint-Germain ein halbes Pfund Mehl, nicht täglich, sondern dann und wann, in Troyes im Februar 1795 ein halbes Pfund Brot, dann ein viertel, schließlich zwei Unzen, mit ein wenig Mehl oder einigen getrockneten Hülsenfrüchten.

Natürlich galten die Rationen nur für die Armen. Die Nation wurde betrachtet als Stütze des dringendsten Bedürfnisses, indem angenommen wurde, daß die Bürger das übrige, was zum Leben nötig war, im freien Handel sich erwerben. Das konnten natürlich bei den ungeheuren Preisen nur die Reichen.

Das waren aber nur wenige. Der ungeheuren Mehrheit des Volkes erging es anders. Die Sterblichkeit nahm riesige Dimensionen an. Frankreich schien vollkommen zu wanken und sich auflösen. Das waren die frühesten des freien Handels, errungen in der Zeit einer maßlosen Geldentwertung. Erst im Herbst 1796 erfolgte ein Wandel, und zwar durch den Sturz der Papiergeldwirtschaft, dem nach einer schrecklichen Krise, deren Schwere alles bis dahin Geschehe in den Schatten stellte, allmählich normales Geld- und Preisverhältnisse folgten; eine sehr gute Ernte und das Aufheben des

gelegentlich ins Gedächtnis gerufen werden. Artikel wie Getreide, Kartoffeln und Fleisch müssen sehr sorgfältig dahin gepreßt werden, ob genügend Reserven vorhanden sind und ob die völlige Freigabe des Handels nicht ähnliche Erschütterungen des Wirtschaftslebens mit sich bringt, wie sie in Frankreich nach dem Jakobinersturz eintraten. N. H.

Das erste Denkmal des Krieges ist in Frankfurt a. M. entfallen worden. Kein „Kriegerdenkmal“; nichts, was äußerlich an Kampf erinnert. Die „Wendel“ des Frankfurter Bildhauers Benno Elkan hat keine patriotische Tendenz; nur einen menschlichen Sinn. Sie will nichts weiter sein als ein machtvolles eindrucksvolles Denkmal der Krone um die Opfer dieser Zeit; der Gedanke ihrer „Inseln“. „Den Opfern“ ist weit und groß genug, um die Klage um alles in sich zu begreifen, was jene furchtbaren Jahre vernichteten: Werke der Natur wie der Kunst, Kultur wie Zivilisation; und Menschen vor allem, Menschen, die sich opferten und geopfert wurden.

Dieses Denkmal, aus einem polierten, dunkelgrünen schwebenden Granit von der harten Kälte der Steine, aber ohne ihren Glanz, hat diese Gestalt: Neben die Köpfe der Menge auf einem Sockel gehoben lächelt ein Weib, reichlich an Ausmaß ihrer erhabenen Nacktheit, aber — gleichsam — niedergeboren zu einem ungeheuren Blad aneinandergedrängter Wieder. Die Rechte, angereicht unter ihrer Brust, scheint genausam den lautesten Ausdruck erschütternder Klage zurückzuhalten; in der linken ruht der arme Kopf, der müde und doch schmerzhaft überwacht, mit kaum geschlossenen Augen, den Mund nur wie zu einem leichten Stöhnen geöffnet. Ein gewaltiger, maßvoller Ausdruck des Schmerzes durchdrillt den ganzen Körper; es ist, als sei es sie selbst, die mütterliche Erde, die ihr unermessliches Leid als lautiöse Klage in sich hineinbränge, die nicht mehr sehen, nicht mehr fühlen wolle.

Dieses mit so allgütiger menschlicher Bedeutung erfüllte Werk steht außerhalb der zeitlichen Anstiftungen, denweit entfernt von Naturalismus wie von der äußerlichen Gedärde irgendeines „Stils“.

Hier ist ein jüdisches und weiches wirkendes Sinnbild aufgerichtet, Zeuge von der Gesinnung aller, denen für diese jüdische Teil zu danken ist: Künstler, Entwerfer und Stadt geistlicher. Ein Dokument des neuen, besseren und größeren deutschen Geistes, wie er sich aus den Schloten des Weltbrandes geklärt herauszuheben beginnt. S. R. 3.

Hier Diätetische veranlaßt das Eichendorff-Gedächtnis der Gesellschaft „Der Böhmermann“, deren Aufgabe es ist, durch Schaffung und Unterhaltung von Böhmermann mit gutem Schrittwort die Schwebelarbeit zu bekämpfen. Es ist in Künstlerhaule: Am 15. Oktober (Eichendorffs Todestag, am 27. Oktober Max Jungermann, beide aus ihren Werken, am 16. November Herr Hans aus Westfälischen Schritten, am 1. Dez. Frau Hans aus den Werken von Walter Hey.

Prof. Wilmmer, der in der letzten Fortschritt einer Weltkarte für musikalische Komposition an der Akademie der Künste zu Berlin, hat sein Lehramt angetreten. Aufnahmeprüfung von Schülern hat an ihm, Wilmmer, oder an das Bureau der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, zu richten.

Die Justizfreie Kunstschule Berlin 1920 wird am 12. November im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof eröffnet werden.



Groß-Berlin

Welke Blätter.

Der Sommer ist dahin und der Herbst hält seinen Einzug. Die Anlagen in der Stadt und die Laubwälder vor den Toren bringen uns die ersten Herbstesgrüße. Was noch vor kurzer Zeit von fastigem Grün bekleidet war, prangt jetzt im bunten Herbstgewand. Die einzelnen Laubblätter verfärben sich, indem sie braune und gelbe Flecken bekommen, die sich mehr und mehr ausbreiten, bis die ganze Oberfläche des Blattes gefärbt erscheint. Nicht bei allen Blättern eines Baumes ist diese Veränderung gleich weit vorgeschritten, meist läßt sich ein Fortschreiten von den äußersten Zweigspitzen nach dem Innern des Baumes beobachten; ebenso sind nicht alle Baumarten zu gleicher Zeit in gleichem Maße davon befallen, so daß uns jeder Baumbestand ein farbenprächtiges Bild zeigt, wie es nur im Herbst möglich ist, wo die Färbung der Blätter von Grün über Gelb und Rot zum tiefsten Braun sämtliche Farbtöne durchläuft.

Die Verfärbung der Blätter im Herbst ist auf Veränderungen zurückzuführen, die in dieser Jahreszeit in den Blättern vorgehen. Das am meisten in die Augen springende Merkmal ist das Verschwinden der grünen Farbe. Die Grünfärbung des Laubblätter von dem Farbstoff her, dem sogenannten Blattgrün (Chlorophyll), das in den einzelnen Zellen des Blattes in Gestalt kleiner Körner eingebettet liegt, und von dem Citweiß (Protoplasma) der Zellen umgeben ist. Der Zellsaft der Pflanze enthält stets ein wenig Säuren verschiedener Art. Solange die Blätter leben, können diese Säuren das Citweiß nicht durchdringen, das Blattgrün also nicht beeinflussen. Vor dem Laubfall im Herbst verändern sich jedoch die Blattzellen. Das Citweiß wird widerstandsfähiger und die Säuren des Zellsaftes gelangen jetzt zu den Blattgrünkörnern und zersetzen sie. Hierdurch werden die Blätter braun gefärbt, wobei die prächtigsten Uebergänge in den Farbtönen zustande kommen.

Das Blattgrün ist eine Mischung aus einem gelben Farbstoff (Xanthophyll) und einem blauen Farbstoff (Cyanophyll). Beide Stoffe gemischt miteinander ergeben die grüne Farbe der Blätter. Jeder Molekül weiß ja, daß sich gelb und blau zu grün vermischen lassen. Häufig zeigen die Blätter im Herbst eine gelbe Farbe. Sie rührt davon her, daß der gelbe Anteil des Blattgrüns in den Blättern verbleiben ist, während der andere aus den Blättern in die übrigen Teile der Pflanze zugewandert ist. Die gelben Anteile gehen also bei der Verwesung des Blattes verloren, während die blauen der Pflanze erhalten bleiben. Jene bestehen nur aus den Elementen Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff, während diese außerdem noch Stickstoff und Magnesium enthalten. Erstere drei Elemente stehen der Pflanze jederzeit in beliebiger Menge zur Verfügung; es bedeutet deshalb keinen großen Verlust für die Pflanze, wenn sie mit dem Laubfall vernichtet werden. Letztere beiden Elemente sind jedoch für die Pflanze nicht so leicht zu beschaffen, deshalb sucht die Pflanze sie sich zu erhalten und zieht sie aus den Blättern zurück, ehe diese abfallen.

Wir sehen also, daß beide Ursachen, die Einwirkung der Säuren auf das Blattgrün und die Abwanderung des blauen Farbstoffes, die Herbstfärbung der Blätter hervorufen. Durch ihr Zusammenwirken entstehen die verschiedensten Farbmischungen, das prächtige bunte Bild, das die Laubholzbestände im Herbst bieten. Sind die Blätter völlig vergilbt und verweltet, so lockern sie sich von ihrem Sprossverband und der Herbstwind weht sie zur Erde, wo sie verwesen und der Pflanze wieder nützliche Stoffe zu ihrem Aufbau liefern.

Der Herbst ist nicht die Jahreszeit des Sterbens, als die ihn die Dichter so häufig hinstellen. Auch während des Herbstes und Winters finden äußerst wichtige Lebensvorgänge innerhalb des Pflanzenkörpers statt. Sehen wir uns die Bäume und Sträucher an, so bemerken wir, daß die Knospen, die im nächsten Frühjahr ausbrechen sollen, schon jetzt vorgebildet sind. Sie bleiben in Winterruhe, bis ihre Zeit gekommen ist, bis der

Kreislauf des Jahres wieder von neuem beginnt, die Natur ihre Kaiserkrone feiert.

Warnung an die Arbeitslosen.

Die fortgesetzten Uebergriffe und Gewalttätigkeiten einzelner Erwerbslosen gegenüber städtische Beamte des Arbeitsnachweises oder der Erwerbslosenfürsorge haben den Magistrat Berlin veranlaßt, den Polizeipräsidenten um wirksamen Schutz zu ersuchen. Wie die „P. R.“ hören, wird der Polizeipräsident diesen Ersuchen stattgeben, und er warnt die Erwerbslosen eindringlich davor, sich zu weiteren Ausschreitungen verleiten zu lassen, da bei allem Ver-

Achtung, Genossen!

Reisenseer: Öffentliche Volksversammlung heute abend 7 1/2 Uhr im Lokal Albrechtshof, Parf. 16. Thema: Moskau oder Genf? Referent: Genosse Dr. Restriepke. Kreisvorstandssitzung des 18., 19. und 20. Kreises am Donnerstag, den 7. Oktober d. J., abends 7 1/2 Uhr, in Pantow, im Lokal von Engel, Rühlensstr. 45. Erscheinen aller Kreisvorstandsmitglieder ist unbedingte Pflicht. 5. Wahlkreis — Friedrichshain. Am Freitag, den 8. Okt., im Lokal „Zum Freischütz“, Fruchtstr. 30a: Kreisvertreter-Versammlung. Referent: Genosse Viktor Schiff. Thema: „Zwischen Spa und G.m.f.“ Die Delegiertenkarten sind beim Abteilungsleiter zu haben.

ständnis für die Kollage und die Erregbarkeit der Erwerbslosen die öffentliche Ordnung sichergestellt werden müsse. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß das unbefugte Eindringen in das Rathaus oder sonstigen öffentlichen Gebäuden nicht geduldet werden kann.

Die Jagd nach dem Goldplatinkeßel.

Der Raub des Goldplatinkeßels bei der Chemischen Fabrik Wollur in Weßfalen ist, wie von dort berichtet wurde, nach langwierigen Ermittlungen durch die Berliner Kriminalpolizei restlos aufgeklärt. Die erste Spur, die durch den Verkauf einer geringen Menge des wertvollen Metalls in Berlin gefunden wurde, zeigte schließlich, daß das Goldplatin hier durch vier Hände gegangen war, die Spur dann aber nach Weßfalen führte. Bezirksoberwachmeister Quack, der mit der Aufklärung des großen Diebstahls beauftragt war, fuhr nun mit dem Kriminalwachmeister Sawade zunächst nach Paderborn. Von dort führte die Spur weiter nach Bippstadt. Auch dort war das Edelmetall bereits durch zwei verschiedene Hände gegangen, aber keiner der Ermittlungsbesuch weitere Stübe. Erst in Kappel, einem kleinen Ort bei Bippstadt, wurde ein Mann ermittelt, der noch im Besitz eines Kilos Goldplatin war. Dieses wurde zunächst sichergestellt. Aber auch der Besitzer kam als Täter nicht in Frage. Der erste an dem Raub beteiligte wurde endlich in Hohenlimburg auffindig gemacht und festgenommen. Er legte nach längerem Verhör ein umfassendes Geständnis ab. Dieses führte alsbald zur Ermittlung der weiteren acht Missetäter. Auch diese gehörten den Millionären an. Die Verhafteten, alles junge Leute, die aus adibaren Familien stammten, hatten sich durch die hohen Platintpreise verleiten lassen, sich in den Besitz des Metalls zu setzen. Sie festhielten nachts den in der Fabrik allein anwesenden Wächter, einen alten Mann, nahmen den Keßel vom Feuer und brachten ihn nach einem Walde. Dort zerschlugen sie ihn und vergruben den größten Teil. Er wurde jetzt wieder ausgegraben und sichergestellt. Den anderen Teil schmolzen sie ein, um das wertvolle Metall in kleinen Klumpen zu Gold zu machen. Der weitaus größte Teil des eingeschmolzenen Metalls konnte ebenfalls wieder herbeigeschafft werden.

Für Hilfsbedürftige in Heil- und Erholungsküsten.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, zu beschließen, daß in den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 zur Unterbringung von Hilfsbedürftigen in Heil- und Erholungsküsten 1 500 000 M. eingesetzt werden. Schon in den ersten vier

Monaten des laufenden Rechnungsjahres beläuft sich die Erhöhung auf rund 500 Anträge, sodaß die zunächst vorgesehene 750 000 M. schon im ersten Drittel des Rechnungsjahres beinahe ganz verbraucht waren. Der jetzige Gesundheits- und Ernährungszustand der Berliner Bevölkerung läßt es nicht angängig erscheinen, bei der Entscheidung über die gestellten Anträge einen strengeren Maßstab anzulegen und weniger Kuren zu bewilligen als bisher, sodaß die Einsetzung eines Betrages von 1 500 000 M. in den Haushalt vom 1920 angezeigt erscheint.

Die Höhe.

In der Abendnummer des „Lokal-Anzeiger“ vom gestrigen Dienstag scheint ein Spahvogel sein Anwesen getrieben zu haben. Unter der Ueberschrift: „Sozialistische Schul-Wirtschaft“ wird berichtet, daß das von einer sozialistischen Mehrheit beherrschte Reutlin sich an die Schulverwaltung Berlins mit der Bitte gewandt habe, ihr in den an der Grenze liegenden Schulen Klassenräume für etwa 1200—1500 Schulkinder und für 15 Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. In Lichtenberg — man höre und staune — seien sogar Schulräume für Wohnzwecke umgebaut worden. Kein Wunder, daß es sich gleichfalls an Berlin gewandt habe mit dem Ersuchen, für 400 Kinder Schulen an der Grenze zur Verfügung zu stellen.

Und aus dieser Lausche folgert der „Lokal-Anzeiger“ sozialistische Schul-Wirtschaft! Daß in den vornehmlich von Arbeitern bewohnten Orten Reutlin und Lichtenberg die Wohnungsnot viel krasser in die Erscheinung tritt als in Berlin und den mehr von wohlhabenderen Bevölkerungsschichten bewohnten Orten, scheint der Verfasser dieser Notiz nicht zu wissen.

Es ist geradezu verwerflich, daß die Verwaltungen dieser Arbeiterstädte es bisher verstanden haben, eine Katastrophe zu vermeiden.

Daß der „Lokal-Anzeiger“ seinem Leserkreis so manches vorsehen darf, ist bekannt, daß er es sich aber erlauben kann, für die gegenwärtige Wohnungsmisere als Folge des 5 Jahres währenden Krieges die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, muß angesichts der Kritik dieses Blattes an den gegenwärtigen Zuständen doch dem dümmsten seiner Abonnenten einige Verwunderung abnötigen.

Die Reaktion in Preußen und Groß-Berlin.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine stark besuchte, vom XI. Kreis der S.P.D. einberufene öffentliche Versammlung in der Hohenschule, Belgier Straße.

Der Referent, Genosse Jos. Haß, geißelte scharf das Verhalten der bürgerlichen Parteien in der Preussischen Landesversammlung und im Berliner Stadiparlament. Er brachte zum Ausdruck, daß es dank der Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse der Reaktion ein Leichtes sei, jeden Fortschritt zu inhibieren. Der Reaktion komme es darauf an, sozialistische Arbeit zu sabotieren. Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Referat wurde ohne Diskussion nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 4. Oktober tagende öffentliche Versammlung, einberufen von der S.P.D., Bez. XI, billigt die Haltung der S.P.D.-Fraktion der Stadtverordneten Groß-Berlins bei der Bildung des Magistrats „Groß-Berlin“.

Die Versammlung fordert die Fraktion auf, sich nicht von ihrem Ziele abbringen zu lassen, sondern mit allen Kräften dahin zu arbeiten, daß dem Willen der Wähler Geltung verschafft wird.“

Der Berliner Winterfahrplan. Nach der Anordnung des Reichsverkehrsministeriums tritt der Winterfahrplan in diesem Jahre am Sonntag, den 14. d. M., in Kraft. Abweichend von dieser Anordnung werden die Züge der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen am Sonntag, den 14., noch nach dem bisherigen Sommerfahrplan verkehren. Der Winterfahrplan wird also in Berlin erst am Montag, den 22. d. M., in Kraft treten.

Mord und Selbstmord? In Stolper Fort wurden ein Mann und eine Frau aufgefunden. Die Frau war tot, der Mann durch Schuß schwer verletzt. Er wurde in bedenklichem Zustande nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

In einer vom Verband der Augen- und Tuberkulosekranken einberufenen Versammlung, in der u. a. auch Delegationen der verschiedenen Heilstätten und Heimstätten anwesend waren, wurde besonders Klage geführt von der Delegation von Euck. Es soll, da die Behörden in dieser überaus ernsten Sache verlagern, am 6. Oktober in den Andreasstr. eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Julius Mosler über das Wohlergehen bei den Tuberkulosen infolge von Krieg und Unterernährung sprechen wird. Eingeladen zu dieser Versammlung sind

Das Licht der Heimat.

Von August Hincichs.

81] Sie sahen still beieinander, Hand in Hand. Endlich erhob sie sich: „Nun geh zu Bett, Dierk.“ „Und du, Mutter?“ „Du siehst, ich bin noch nicht fertig!“ Da fiel ihm auf, wie müde sie ansah, und daß er nie gemerkt hatte, wenn sie zu Bett ging. Immer, wenn er einschlief, stand sie noch am Tisch zu bügeln, Nacht für Nacht. Hatte er sie je anders gesehen? „Mutter, hast du denn immer, immer gearbeitet, die ganzen Nächte hindurch?“ „Ach, Dierk, es ist nicht so schlimm.“ „Du sollst aber nicht!“ Sie lächelte müde: „Ich muß wohl, Dierk, wovon sollten wir sonst leben?“ Da fühlte er jäh, welche Last sie all diese Jahre getragen hatte, und schlang in heißer Liebe seine Arme um ihre Schulter: „Mutter, Mutter!“ Und sie schloß die Augen und lehnte sich an ihn, müde-selig, nichts mehr denkend. Das heiße Eisen brannte einen Flecken in die Wäsche — mochte es! Einmal nur die Augen schließen dürfen, einmal sich anlehnen dürfen an einen andern — ach, wie lange, lange hatte sie das nicht gekannt. Nur eine einzige, selige Minute lang. Dann raffte sie sich auf und schob ihn fort. „Nun geh, Dierk!“ „Und du?“ „Dies bißchen muß noch fertig.“ „Jetzt hast du es doch nicht mehr nötig, jetzt verdiene ich doch auch!“ Da war sie wieder die Alte und sah ihn fest an. „Willst du ewig Schlossergeselle bleiben? Du mußt auf die Schule, um weiter zu kommen. Und das wird viel Geld kosten!“ „Du willst noch arbeiten?“ „Ich muß!“ „Dann muß ich auch!“ Und er nahm seine Bücher, die er in den letzten Wochen kaum angesehen hatte, und setzte sich ihr gegenüber. Er presste die Lippen aufeinander, zwang die Gedanken mit Gewalt auf die Zeichnungen und Zahlen und

blieb allen Einwendungen der Mutter gegenüber fest. So lange wie sie blieb auch er fortan auf.

Allmählich wuchsen die Zahlen in Metas Bankbuch an. Sie bestritt den gesamten Haushalt, Dierks ganzer Verdienst wanderte restlos zur Kaffe. Er selbst mußte nichts davon, lieferte ihr das Geld ab und sorgte nicht, wo es blieb.

Die unglückliche Liebesgeschichte hatte sein Herz aufgerissen, es lag wund und offen für alle Nöte der Welt. Kühne politische Pläne, von begeisterten Rednern in den Gesellenversammlungen vorgelesen, griff er begierig auf und durchtränkte sie mit aller Bitterkeit, die sich in seiner Brust schon angesammelt hatte. Vielleicht wäre er halbtot hineingerissen in den leidenschaftlichen Strudel des politischen Kampfes, wenn ihn nicht etwas anderes gerettet hätte — die Arbeit.

Bisher war sie lässiger Umgang gewesen. Nur draußen war ihm Sonne und Leben, zwischen Rädern und Maschinen fühlte er sich tot. Aber jetzt, da er mit unbeugbarem Willen allmählich Hineinwand in das Geheimnis der stählernen Leiber, merkte er, daß auch hier ein Leben war. Nicht das farbenlose, sturmelige Leben der Natur, aber ein sinnreich zusammengefügtes, vom Menschengeist beherrschtes, kräfteverleibendes Leben, das keinen Widerstand leistet.

Zufällig hatte der leitende Ingenieur seiner Fabrik einmal Dierks Bücher gesehen. Dierk war erbebt, als er die Achseln darüber zuckte und ihm riet, nur ein paar dünne Hefte durchzuarbeiten, diese aber gründlich. Doch merkte er rasch, daß er so weiterkam und war selbst erstaunt, wie bald er festen Boden unter die Füße bekam.

Eines Tages rief ihn der Ingenieur beiseite: „Sie sind ja so ein tüftelmeier.“ „Sagte er, haben Sie Lust, eine neue Maschine mit anzuarbeiten?“ Dierk war mit Freuden bereit, und nun zeigte ihm der Ingenieur seine Pläne. Er wollte einen kleinen, elektrisch betriebenen Schmiedehammer bauen und hatte alle Berechnungen dazu fertig. Nun galt es, heimlich, damit niemand etwas merkte, die einzelnen Teile anzufertigen, zusammenzusetzen und auszubringen.

Mit Feuereifer ging Dierk an die Arbeit. Als die ersten Gußstücke angelangt waren, begannen die Schwierigkeiten. Hier und da zeigten sich Hemmnungen, die nicht erwartet waren. Dann konnten sie beide eine ganze Nacht hindurch grübeln, entwerfen und rechnen und manchmal verlor der Ingenieur beinahe die Lust an den kostspieligen Versuchen. Aber Dierk hatte eine so hörnädig verhärtete Art, immer wieder dasselbe zu versuchen, daß auch der Ingenieur nicht locker ließ.

Der Sommer sah durch die Fenster, der Herbst färbte den Wald golden und rot — diesmal hatte Dierk kein Auge dafür. Einmal, als er in Gedanken durch die Straßen lief, traf er plötzlich mit Hanna zusammen — es gab ihm einen raschen Stich ins Herz, aber er ging vorbei und drehte nicht einmal den Kopf nach ihr hin.

Und endlich, endlich stand das Modell fertig da. In einem Nebenraum der Fabrik war es aufgestellt, kein Mensch außer den beiden und ihrem Chef wachte, was das kleine schwarze Ding bedeuten sollte. Würde es überhaupt leben können?

Eines Tages nach Feierabend schaltete Dierk die Stromleitung ein. Der Ingenieur stand neben ihm und hielt der Atem an. — Jetzt drehte Dierk den Schalter, jetzt trat er auf den Fußtritt, der den Hammer antändete — und spielend-leicht und blitzschnell schoß der Stoßkopf herunter. Da hob der Ingenieur die Brille und tanzte wie ein Schlingens um die Maschine herum.

Lebe Dinge sind oft die verlässlichsten Freunde. Sie trösten mit ihrem bloßen Dasein und leiten die Gedanken auf verstandige Wege. Vornehmlich Dinge, mit denen wir arbeiten.

Dierk mußte die Maschine vorführen und arbeitete hämmertig. Eine neue Welt ging ihm auf, das Lote wurde lebendig; er vergaß eine Zeitlang Himmel und Erde und fühlte sich fest verwachsen mit dem Werk seiner Hände.

Er legte den kurzen Klumpen Eisen ins Schmiedehammer. Das schloß, wie ein müdes Tier, und sein Atem wehte blauschwebend über die Kohlen. „Du, mach auf.“ „Sagte er und griff nach dem elektrischen Blasebalg. Dann klang es wie ein Stöhnen, mühsam aus der Tiefe geholt, ein Blinzeln glühender Augen unter schwarzen Lidern hervor, und eine rote, gierige Zunge leckte prüfend über den Bissen. So, sie hat das Eisen gefosset, und nun zischt sie wie ein Witz hervor, öffnet den rotfunkelnden Rachen und verbeißt sich mit wütender Bier an dem Aloy. Der steigt unbeweglich, starrer und hart. Da heult es jauchend aus dem glühenden Schlund heraus, schlingert zornig die funkenprühlenden Schladen empor, zerrt mit grimmigem Bähnen an dem schwarzen Brocken, immer wilder, tendender, tüftlicher. Der bewegt sich schwer, hinkt tiefer, und ein Funkenstrom zischt über ihn hin. Er färbt sich — rot, golden, jetzt sprühende Kristalle — und nun ist alles ernte reife, zischende Blut.“

(Fortf. folgt.)







# Wirtschaft

## Mangel an ausgebildeten Steuerfachkräften.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen gebeten:  
Die Reichsfinanzverwaltung hat es nicht fertig gebracht, eine wirklich genügende Anzahl selbstständig arbeitender, mittlerer Steuerbeamten für die direkten Steuern heranzubilden, trotzdem wirklich genügend Zeit zur Verfügung stand. Rein schematisch arbeitende Hilfskräfte gibt es in Ueberzahl. Die Zahl der selbstständig arbeitenden mittleren Beamten (wirklichen Steuerfachkräften gegenüber dem Friedensstand, man vergleiche das heutige direkte Steuerwesen gegenüber den Aufgaben vor dem Kriege) ist namentlich bei ländlichen Finanzämtern zur Stunde (man sollte es nicht für möglich halten) so gut wie um nichts vermehrt worden und die paar vorhandenen werden in der Arbeit begraben.

## Betriebsstörungen wegen Kohlenmangel.

Wie die Telegraphen-Union aus Dortmund meldet, sah sich die Verwaltung der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks-A.G. veranlaßt, infolge Kohlenmangel von ihren fünf betriebsfähigen Hochöfen in Dortmund drei, von den fünf Hüttenheime Hochöfen ebenfalls drei und von den zwei Hochofen Hochöfen beide ausblafen zu müssen. Auf diese Tatsache ist auch das Nachlassen der monatlichen Produktion zurückzuführen, welche in gewöhnlichen Zeiträumen 70 000 Tonnen Roheisen beträgt und nunmehr auf 35 000 Tonnen gesunken ist.

## Ein europäischer Fachverband.

Dem neubegründeten Verbande Deutscher Emailierwerke sind in der Zwischenzeit die gesamten sächsischen Emailierwerke, die unter sich nunmehr in einem Verbande sächsischer Emailierwerke vereinigt sind, und ferner mehrere Emailierwerke aus anderen Gruppen beigetreten. Die Verkaufspreise und Lieferbedingungen blieben unverändert. In der gleichzeitigen Tagung des Verbandes Europäischer Emailierwerke wurde ebenfalls beschlossen, die bisher geltenden Verkaufspreise für das Auslandsgeschäft nicht zu ändern.

**Bezirkswirtschaftsräte.** Die am 2. Oktober in Essen versammelten Wirtschaftsberechtigten Nordwestdeutschlands sprachen sich nach eingehender Beratung, an der auch Vertreter anderer deutscher Wirtschaftsgebiete teilgenommen haben, dahin aus, daß die in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums herausgegebenen Entwürfe über den Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsrate nicht zugestimmt werden könne. Insbesondere muß die Einrichtung von Wirtschaftsministern, die den Unternehmer- und Arbeiterkammern übergeordnet seien und als die Berufsvertretungen anerkannt werden sollen, abgelehnt werden, da hierdurch die Unternehmer- und Arbeiterkammern Körperschaften minderen Ranges werden. Die Bezirkswirtschaftsräte sollen den Unterbau für den Reichswirtschaftsrat bilden.

Die Bezirkswirtschaftsräte umfassen in sich geschlossene Wirtschaftsgebiete und werden sich ihre Verfassung durch Satzung innerhalb der allgemeinen Bestimmungen eines Reichsrahmengesetzes selbst zu geben haben. Dieses Rahmengesetz wird auch Bestimmungen über den Aufgabenkreis zu treffen haben, der den Bezirkswirtschaftsräten zufallen würde. Bei dieser Organisation ist eine Häufung von Instanzen durchaus zu vermeiden. Je eine aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammengesetzte Wirtschaftsvertretung in den Wirtschaftsgebieten (Bezirkswirtschaftsräte) und im Reich (Reichswirtschaftsrat) genügen auch nach der Reichsverfassung für das tatsächliche Bedürfnis. An den Wahlen zum Reichswirtschaftsrat sind neben den Bezirkswirtschaftsräten auch die Zentralorganisationen zu beteiligen.

**Sortierte Kartoffeln.** Bei Abschlüssen auf Kartoffellieferungen sollten die Genossen streng darauf achten, daß die Lieferung sortierter Kartoffeln vereinbart wird, da die Landwirte häufig in die Städte die Futterkartoffeln mitbringen.

Folgen der Steuerflucht aus Europa. Der "Secolo" in Buenos Aires meldet, daß die Steuerflucht aus Europa Argentinien große Vorteile bringe. Der Markt in Argentinien werde mit Gold und Edelmetallen überschwemmt. Ein einziger Dampfer habe vor einigen Tagen eine Ladung Edelmetalle im Werte von sechs Milliarden Pfund Sterling nach Buenos Aires gebracht.

**Abletwerke — Deutsch-Lugemburg.** Zwischen den Abletwerken vormals Kleyer und der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerksgesellschaft hat eine unerbittliche Fühlungsnahme stattgefunden wegen Abschlußes einer Interessengemeinschaft. Die Verhandlungen selbst haben sich mit dem Projekt noch nicht befaßt.

**Die Notwendigkeit der Errichtung von Konsumkammern** ergibt sich aus der Rücksicht, daß der vorkriegliche Entwurf über die Reform der Handelskammern, der bereits im Vorjahre vom Handelsminister aufgestellt worden war und auch im allgemeinen die Billigung der Handelskammern gefunden hatte — den Konsumgenossenschaften brachte er nicht die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche —, vorläufig dem Parlament nicht vorgelegt werden wird, da das Reich eine Neugliederung der wirtschaftlichen Verwaltungen vorbereitet. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wird jetzt die Bildung von Konsumkammern nach Hamburger Muster überall im Reich, zunächst ohne die gesetzliche Grundlage, durchzuführen.

**Kaffeeschmuggel.** Der Verein Deutscher Kaffeegroßhändler schreibt:

„Die Regierung wird bringen gebeten, einen Vertreter zur deutsch-holländischen Grenze zu entsenden, damit die Richtigkeit der Angaben der Sachverständigen, daß täglich einige Tausend Zentner Kaffee nach Deutschland verbracht werden, amtlicherseits geprüft und festgestellt wird.“ Eben weil der Fachhandel in erster Linie die Interessen der deutschen Volkswirtschaft wahren will, fordert er auf Grund seiner Sachkenntnis die Aufhebung der Einfuhrkontingentierung. Er kann nicht länger ansehen, wie durch Schmuggel- und Schleihhandel unsere kostbaren Valuten für minderwertige Ware an das Ausland verschleudert und dem Reich Zollentnahmen entzogen werden.

**Erhöhung des Salzkontingents der Brauereien auf 30 Proz.** des Friedensverbrauchs. Um die Brauindustrie, die wirtschaftlich schwer bedroht ist durch die Steigerung des Absatzes, nicht zugrunde gehen zu lassen, hat die Regierung beschlossen, die Salzkontingente der Brauereien auf 30 Proz. des Friedensverbrauchs festzusetzen, so daß in Zukunft neben dem Einschub für auch Vollbier mit einem Sthymwurzgehalt von 8 Proz. zugelassen wird.

# Soziales.

## Jugendgerichtsreform.

Den Abschluß der Fürsorgetagungen in Jena bildete am 27. und 28. September der 3. Deutsche Jugendgerichtstag, einberufen vom Ausschuss für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge. Es handelte sich um Beratungen über den Jugendgerichtsgesetzentwurf, der einen Teil der zu erwartenden Strafrechtsreform darstellt. Der Entwurf enthält eine Reihe von Bestimmungen, bei denen erzieherische Fragen hinsichtlich der Behandlung strafmündiger Jugendlicher im Vordergrund stehen.

Unter diesem Gesichtspunkt behandelten die Referenten ihre Aufgaben. Der Nachfolger Listz an der Berliner Universität, Professor Dr. Kohlrausch, gab zunächst einen allgemeinen Überblick über die strafrechtliche und erzieherische Behandlung der Jugendlichen nach dem neuen Gesetzentwurf. Im Verlaufe der Verhandlungen handelte im Vordergrund des Interesses der Antrag von Professor Krummer-Wilhelmsbad bei Hanau, Vorsitzender des Archivs deutscher Verfassungsminder, daß bis zum 16. Lebensjahr ausschließlich Erziehungsmassnahmen anwendbar sein sollen. Der Mehrheit der Versammlung erschien jedoch die Entscheidung über diese Frage so nicht annehmbar oder mindestens nicht sprechbar. Ein Antrag von Dr. Volligkeit-

Frankfurt a. M., die Strafmündigkeitsgrenze auf das 16. Lebensjahr heraufzusetzen, wurde mit geringer Majorität bei vielen Stimmenthaltungen abgelehnt, dagegen einige man sich auf den Vorschlag des Jugendgerichtsgesetzentwurfs, der die Strafmündigkeit auf das 14. Lebensjahr vorzieht mit der Einschränkung, daß bis zum 16. Lebensjahr die Freiheitsstrafe nicht angeordnet werden soll. Im übrigen gelangte man zur einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse:

1. Die zum 3. Jugendgerichtstag Versammelten begrüßen den Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes als Verwirklichung der auf dem 3. Jugendgerichtstag in Frankfurt a. M. aufgestellten Forderungen und betrachten ihn als geeignete Grundlage eines neuen Rechts, weil er den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt, der das Verfahren gegen straffähige Jugendliche durchaus beherrschen muß. Sie äußern dazu noch folgende Wünsche:

1. Bei Uebereinstimmung zwischen Jugendrichter und Staatsanwalt ist von Erhebung einer Anklage und Durchführung eines Strafverfahrens abzusehen.
2. Die Stellung einer Bewährungsfrist ist in jedem Abschnitt des Verfahrens zu ermöglichen; vor Erhebung der Anklage, bei Urteilserlass und nach Fällung des Urteils.
3. Erziehungsmassnahmen, insbesondere Fürsorgeerziehung, sind nicht durch Strafteil anzunehmen.
4. Es ist zu erstreben, daß ein Strafverfahren an Orte des gewöhnlichen Aufenthalts des Jugendlichen zur Durchführung kommen kann und daß die vormaligen Jugendgerichtshilfen möglichst frühzeitig auf den Jugendrichter übergehen mit der zu fordernden richterlichen Vorbernehmung.

Die herabragenden Probleme der Erziehung straffälliger Jugendlicher im Zusammenhang mit der Grundfrage der Anwendung von Strafe als soziales Erziehungsmittel durch öffentliche Körperschaften sollen auf einem neuen Jugendgerichtstag weiter behandelt werden.

## Vertreterversammlung der Wohlfahrtsämter.

In diesen Tagen hielten die Vertreter der Wohlfahrtsämter eine Versammlung in Frankfurt a. M. Ab. Neulich war sie zwar nur in die Form eines „Lehranges“ für Leiter der Wohlfahrtsämter gekleidet, doch befaßte sich die Versammlung auch mit den Problemen der Wohlfahrtspflege und zeitigte eine äußerst interessante Aussprache, die den Stand und die voraussichtlich zukünftige Entwicklung der Wohlfahrtsinstitutionen genau erkennen läßt. Zur Eröffnung sprach Genosse Bürgermeister Graf-Frankfurt a. M. über die Bedeutung der Wohlfahrtsämter für den Wiederaufbau unserer Volkskraft. Dr. Volligkeit sprach über das Wohlfahrtsamt als Arbeitsgemeinschaft öffentlicher und privater Fürsorge. Im übrigen beschäftigte man sich mit dem Aufbau der städtischen Wohlfahrtsämter (die Fortbildung des Elberfelder Systems der Armenpflege, die Gesundheitsämter, das Arbeitsamt und die Arbeitslosenfürsorge, die finanziellen Grundlagen städtischer Wohlfahrtspflege, das Jugendamt, die Ausbildung der Beruflichen und ehrenamtlichen Helfer usw.).

Im allgemeinen zeigen die Verhandlungen, daß die Wohlfahrtspflege noch im Werden begriffen ist. Ueber Organisation und Ausgaben gehen die Ansichten noch recht weit auseinander. Während z. B. Oberbürgermeister Kuppe-Nürnberg für rein fakultative Einrichtungen der Gemeinden eintrat, verlangte Bürgermeister Genosse Kreis-Ashersleben einheitliche Einrichtungen möglichst durch gesetzliche Regelung. Es geht nicht an, daß manche Großstädte überhaupt noch kein Wohlfahrtsamt haben und daß es in jedem Ort, das ein solches hat, anders organisiert ist. Von Vertretern aus Reutlingen wurde beantragt, den Wohlfahrtsämtern alle jene Aufgaben zu überweisen, die das preussische Wohlfahrtsministerium bearbeitet. Meinungsverschiedenheiten entstanden auch darüber, ob anderweitige Fürsorge (durch private Vereine und durch die Sozialversicherung) gefordert oder zugunsten allgemeiner staatlicher und kommunaler Fürsorge eingeschränkt werden soll. Soweit Angehörige unserer Partei in die Gemeindeverwaltung eingetreten sind, arbeiten sie meist in der Wohlfahrtspflege. Sie gaben den ganzen Verhandlungen einen besonderen Charakter und sorgten für die Vertretung unserer Ideen.

**Achtung!** **Streik im Zeitungsgewerbe.**  
Sämtliche Betriebsräte (Arbeiter- und Angestelltenräte) der betroffenen Zeitungsbetriebe, sowie die Betriebsvereine und in Frage kommenden Funktionäre des Buchdrucker-, Buchbinder-, Hilfsarbeiter- und Transportarbeiter-Verbandes werden gebeten, zu einer sehr wichtigen Besprechung **Mittwoch, den 6. Oktober, nachm. 2 Uhr,** im Alexandriner, Alexandrinenstr. 37a zu erscheinen.  
Die Zentralstreikleitung der Angestellten im Zeitungsgewerbe.

**Gold Silber Platin**  
Kauf höchstehend  
**Silberzentrale Gotzkowskyst. 13**

**Brillanten**  
Edelsteine, Platin, Gold, Silberbruch kaufen zum höchsten Tageskurse  
**Metallkontor Zentrum**  
Berger & Weiß, Berlin SW., Kochstr. 3  
zwischen Friedrich- und Wilhelmstraße  
Telephon: Kurfürst 5771

**Platin**  
Abfälle Gold-Kontakte Silberbruch Zahngebisse Quecksilber Brennstifte  
**Adolf Friedländer**  
Kommandstr. 29  
1 Treppe rechts.  
Moritzplatz 4502.

**TRAURINGE** Dukatengold 900 14kar. Gold 585 gest.  
8 kar. Gold von 39,75 an  
Alexanderstraße 14a, Kottbuscher Damm 24  
Schötenberg, Stuttgarter Pl. 5  
Schöneberg, Grunewaldstraße 15  
Zentrale u. Fabrik **Mohrenstr. 16** (am U-Bahn-Friedrichstr.)  
**J. Weinstock** G. m. b. H., Goldwarenfabrik

**Everth & Mittelmann**  
Bankgeschäft  
Gegr. 1875 Berlin C 19, Petriplatz 4 Gegr. 1875 gegenüber der Petrikirche.  
Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 u. 113 41.  
**An- und Verkauf von Effekten und Coupons**  
Geschäftszzeit 9-3.

**Altmetalle**  
kauft höchstehend  
**Silberzentrale Gotzkowskyst. 13**

**Kaufen Brillanten**  
Juwelen von kleinsten bis zu größten Objekten, Platin bis 167 Mk. per Gramm, Goldbruch bis 36 Mk., Silberbruch bis 1,45 Mk. per Gramm (Irid.). Wir haben direkte Verwertung und stehen mit unserem Gebot fast ohne Konkurrenz da.  
**Edelstein-Ankauf-Zentrale, Charlotten-Strasse 76**  
Ecke Schützenstrasse. — 9 bis 7 Uhr.  
Fahrtgeld wird vergütet.

**Erfinder**  
beziehen sich zur Anmeldung und Verkauf ihrer Erfindungen. Ideen eines Patentfachmannes. Rat und Auskunft kostenlos! Erzig: u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für **850 000 M.**  
**F. Erdmann & Co.**  
Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Seit **70 Jahren** ist **San-Rat Haussalbe**  
Dr. Strauß  
b. Hautausschlag, Flechten, Bein-, u. Krampfaderngeschwüren, Frostschäden, Hautverletzungen und schmerzbringendes Mittel. Org.-Dose 6.25 u. 12.00 M.  
**Elefant-Apotheke**  
Berlin 213 SW  
Leipziger Str. 74  
Dönhöfpl.

**Spottbillig!**  
Grundstück m. Café u. Kaffeeur. am großen Blau-Reden Inf. Inometer 35.000, Bkt. 30.000 ca. auch einzeln. Geschäftsbetrieb mit Einrichtung, extra vorhanden. Schätze, Blöcke, 30, 213, 6410.

**Schönes und reines Gesicht**  
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichtsrötchen, Nasenrötchen, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.  
**C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.**  
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

**Dr. med. Grütering**  
Haut, Horn-, Unterleibskrankheiten b. Männ. u. Frauen, Blutunters. **Invalidenstr. 45, Ecke Chausseestr., Steet. Bkt. Spr. Wochentags 11-1, 1/2-5/7**  
Spez.-Beh. für **Ischias** in Höhen, Gesäß und Beine. Da schwere Fälle in 15 Tage beseitigt werden, hierüber unantastbare Heilerfolge bestehen und Referenzen **Invalidenstr. 106 Jacoby** von 9-3.

**Juwelen Perlen Margraf & Co.**  
G. m. b. H.  
Kanonierstr. 9  
Telef. 2094.

**Ankauf von Juwelen**  
**Margraf & Co.**  
G. m. b. H.  
Kanonierstr. 9.

**Ruheisen jeder Art:**  
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandisen, Gas-, Siede-, Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse  
sowie ab Lager lieferbar  
**Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,**  
Rortplatz 12072. Cdr. Bolkowstr. 12073.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß  
Oranienb. Friedrichstr. 125  
Sonnt. 11-1. Syphilis, Horn-, Frauenleiden, Stuhlerkrankh., Schilddrüsenerkrankh., ohne Berufshörung, Teilschlg.

**KLUBSESSEL**  
BERLINER-SITZMÖBEL-INDUSTRIE  
BERLIN-C-2/NEUE PROMENADE  
ECKHAUS-DANNHOF-DORSE

**ANKAUF von Juwelen**  
Friedrich-Str. 30  
L. Kaiser-Str. 10  
L. Kaiser-Str. 10

**Prozesse,** Rat, Beistand, mäßige Preise, Teillzahlung, Ehen, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche, Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachte! Tel: Königst. 2595

**Lorfu u. Stubbenholz**  
liefert erstklassig  
**Techn. Kultur-Ges. m. b. H.,**  
Bülowstraße 88.  
Tel. Hol. 4392.

**Eiserne Ofen und Ofenrohre**  
zu kaufen gesucht  
**Stern & Schiele,**  
Dresdener Str. 43.

**Möbel-Fabrik Georg Schmidt**  
Moderne Wohnräume  
**Grosses Lager**  
fertiger Einrichtungen  
**Kottbuser Damm 77**

**Steyppdecken**  
er. Ruem. pccum. Bernh. Str. 72.  
S. W. 11. 72.  
S. W. 11. 72.  
S. W. 11. 72.  
werden aufgearbeitet.

**Bad-Nauheim**  
am Taunus  
bei Frankfurt am Main  
Auserhalb des besetzten u. neutralen Gebiets gelegen  
Ermäßigte Kurabgabe  
Man verlange Prospekte 18 von der Hessischen Bad- und Kurverwaltung.

**Doppel-Riegel**  
250 Gramm schwere Industrie-Stücken, 375 M. pro Stück ohne Karton (in 20 Stück-Packung).  
**Max Bernhard Kiwi, Berlin SW. 68,**  
Friedrichstraße 204.

**Kupfer, Messing Blei, Zinn**  
zu höchsten Tagespreisen  
kauft Edm. m. b. H.  
Neue S. 100.  
Ede Cinenrohe.

**Raucher dank!!**  
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustellen. Wirkt verb. blühend. Ausk. umsonst.  
**Institut Engbrecht,**  
München R6, Kapuzinerstr. 9

**Bettmässen!**  
Befreiung sofort.  
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.  
München B 60  
Gg. Engbrecht, Kapuzinerstr. 9

**Winterkur**  
Hervorrag. Heilerfolge bei Herzerkrankheiten, Becken-, Arterienverkalkg., Muskel- und Gelenkrheumatismus, Licht-, Rückenmark-, Frauen- und Nervenleiden  
**Angestellte, Arbeiter!**  
Tausend Blatt und mehr monatlich nebenberuflich durch Anstellung einer miffl. bankarr. Cash bei Kollegen und Bekannten. Anged. unt. M. 6 Hauptz. "Bismarck".







# Erster Kongress der Betriebsräte Deutschlands.

## Wiffells und Hilferdings Referate.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

„Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“

erhält das Wort der Referent

Rudolf Wiffell.

Er bemerkt zunächst, er werde nicht als Vertreter einer Partei sprechen, sondern nur Tatsachen vorbringen. Dann fährt der Redner aus: In unserer Wirtschaft ist es Winter geworden. Wir sind im buchstäblichen Sinne des Wortes arm geworden. Die Ernte entspricht nicht den Erwartungen und selbst wenn sie den besten Erwartungen entsprochen hätte, würde sie nicht ausreichen, um das deutsche Volk zu ernähren. Wir müßten schon im Frieden einen erheblichen Teil unserer Nahrungsmittelbedürfnisse aus dem Auslande einführen. Dazu kommt jetzt, daß uns große landwirtschaftliche Gebiete Deutschlands verloren gegangen sind und daß der Boden infolge von Erschöpfung einen bedeutend geringeren Ertrag liefert wie früher. Der Rückgang beläuft sich auf 30 bis 40 Prozent. Wir sind also auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen, aber auch auf die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie, besonders für die Textil- und Eisenindustrie.

Auch bedeutende Gebiete der Eisenerzgewinnung sind uns durch den Friedensvertrag verloren gegangen. Während wir im Frieden 10 1/2 Millionen Tonnen Roheisen erzeugten, können wir jetzt nur 4 1/2 Millionen Tonnen produzieren. Wir müssen also Roheisen einführen. Dazu brauchen wir Zahlungsmittel. Gold haben wir nicht zur Verfügung, was uns fehlt, ist auf Kredit beschaffen. Es muß also später einmal bezahlt werden. Unsere Produktions- und Verkehrsmittel stehen bei weitem nicht mehr auf der Höhe, die sie haben müßten, um den Ansprüchen der Wirtschaft zu genügen. Auch die menschliche Arbeitskraft ist infolge der jahrelangen Unterernährung sehr erheblich geschwächt. Die Krankheitsziffern in unserem Volke haben eine erschreckende Höhe erreicht. Wenn wir das alles betrachten, dann kommt uns erst in den letzten Jahren betriebene

### Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft

zum vollen Bewußtsein. Und mit dieser geschwächten Wirtschaft müssen wir viel mehr einführen und bezahlen wie im Frieden. Dazu kommen noch die wachsenden hohen Forderungen, die die Entente an uns stellt. Wir müssen unseren Bedarf, den wir vom Auslande brauchen, mit Waren bezahlen. Das wir im Frieden brauchten, haben wir bezahlt mit unserer Industrie und mit den Erträgen unserer Schifffahrt. Heute haben wir keine nennenswerten Schifffahrt mehr, auf keinen Fall reicht sie auch nur annähernd aus, um als Zahlungsmittel für die Einfuhr in Betracht zu kommen. Unsere Einfuhr hätte im Frieden einen Wert von 11 Milliarden Mark, das sind nach dem heutigen Geldwert wenigstens 22 Milliarden Goldmark oder 200 Milliarden Papiermark im Jahre. Wir können nicht die Hälfte dieses Wertes in Waren schaffen. Wenn wir aber die zur Bezahlung der Einfuhr erforderlichen Waren nicht erzeugen können, so bedeutet das, daß bei uns in Deutschland noch auf lange Zeit hinaus Schmalhanes Käsemeister sein wird. Angesichts dieser Verhältnisse muß man sich fragen, ob unsere Wirtschaft noch nach den bisherigen Grundrissen und Maximen betrieben werden kann. Im Kriege forderte man von den Kriegsteilnehmern eine Opfergabe in die Gesamtheit bis zur Aufopferung. Dabei aber, in der Kriegswirtschaft galt nur

### das Profitstreben und der Gewinnstreiz

als ausschlaggebender Faktor. Die Ströme roten Blutes, die draußen vergossen wurden, verwandelten sich für die industriellen Ruchwichter des Krieges in Ströme gleichenden Goldes. Dieses Wirtschaftssystem kann uns natürlich nicht aus dem Elend herausheilen. Dieses System hat im höchsten Maße entmenslichend gewirkt. Das ist die Folge der bürgerlichen Wirtschaftslehre, welche meint, dem Allgemeininteresse werde am besten gedient, wenn man dem Einzelnen den freiesten Spielraum lasse. Heute wo man vor den Folgen dieser Wirtschaft steht, vor den Abhängigkeiten im Auslande, wirft man dem Arbeiter die hohen Löhne vor und spricht nicht von denen, die mit den wucherischen Preissteigerungen den Anfang gemacht haben.

### Die Unternehmer verlangen die

#### Beseitigung der Ausfuhrabgaben

und leider gibt es Betriebsräte, die in daselbe Horn stoßen. Kein Tag vergeht, wo nicht Eingaben von Betriebsräten kommen, welche diese Forderung der Unternehmer unterstützen. Diesen Betriebsräten fehlt die Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Das Wesen der jetzigen Krise ist nicht begründet in einem Unterkonsum, sondern in einer Unterproduktion. Die Warenpreise sind so hoch, daß sie nur von wenigen gezahlt werden können. Deshalb stößt der Abfall und die Produktion geht zurück. Man klagt an, zu begreifen, daß die volle Wirtschaft das Elend, in dem wir uns befinden, nicht meistern kann.

### Neue Formen der Wirtschaft sind notwendig.

Die heutige Wirtschaftsordnung wird das Elend nur vergrößern. Man hat den Arbeitern in den letzten Jahren immer gesagt, nur Arbeit kann retten. Die Arbeiter hielten das für einen Vorwurf, daß sie nicht genug arbeiten. Sie fühlten, daß ein solcher Vorwurf unredlich ist und daß andererseits aus unserem wirtschaftlichen Elend schuld sind. Das dies Gefühl richtig ist, das zeigt sich jetzt an den zahlreichen Stilllegungen von Betrieben durch die Unternehmer. Hiergegen müssen Maßnahmen getroffen werden. Vor allem gilt es, die Produktion so ergiebig wie möglich zu gestalten und die Wirtschaft nach den Interessen der Allgemeinheit einzustellen. Auf diesem Gebiet liegt auch die Aufgabe der Betriebsräte. Betrachten Sie die Dinge objektiv, suchen Sie einzubringen in die wirtschaftlichen Probleme, dann werden Sie den großen Aufgaben gerecht werden, die Sie in unserem Wirtschaftsleben erfüllen müssen. (Lebhafter Beifall.) Hieran tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung führt Kaufhäuser den Vorsitz. Er begrüßt die erschienenen Delegation der russischen Gewerkschaften und spricht den Wunsch aus, daß ihre Teilnahme am Kongress zur gegenseitigen Verständigung beitragen möge.

Ein Antrag Müller verlangt, daß einer der russischen Vertreter im dritten Punkt der Tagesordnung ein Referat über den Aufbau der russischen Gewerkschaften halte. — Dazu bemerkt Kaufhäuser, der Antrag erübrige sich, denn es könne jeder der russischen Gewerkschaftsvertreter in der Diskussion das Wort nehmen und auf Wunsch auch verlängerte Redezeit erhalten. — Der Antrag Müller wird abgelehnt und dem Hochhagen Kaufhäuser zugewiesen.

Referat erhält hierauf als Führer der russischen Delegation das Wort zu einer Begründungsrede. Statt dessen liest er ein Manuskript deselben Inhalts wie das, was er vor einigen Wochen in der ersten Versammlung gelesen hatte, die unabhängig der Anwesenheit der russischen Delegation in Berlin im gleichen Saale abgehalten wurde und über die ich damals ausführlich berichtet habe. Damit war schon vor dem zweiten Punkt der Tagesordnung das erreicht, was der Antragsteller Müller im dritten Punkt der Tagesordnung erzielen wollte. Der Vortragende schließt mit einem Appell an die Solidarität des westeuropäischen Proletariats für den Kampf der russischen Arbeiter zur Verwirklichung des Sozialismus in der ganzen Welt.

Vor Kaufhäuser bemerkt unter allgemeiner Zustimmung, daß diese Rede weit über den Rahmen einer Begründungsrede hinausging und daß es innerhalb der Tagesordnung des Kongresses nicht möglich sei, die Polemik des russischen Vertreters

gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu beantworten. Die deutschen Arbeiter wissen, daß die gesamte Arbeiterkraft der ganzen Welt ihre stärkste Stütze im internationalen Gewerkschaftsbund habe. (Lebhafter Zustimmung.) Was der deutschen Arbeiterbewegung zur Bemühtung dient, ist, daß sie eine rein proletarische Bewegung ist, die nicht in den Händen von Professoren und Literaten liegt. Das muß mit aller Entschiedenheit betont werden. (Lebhafter Beifall.) Das Referat zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

### Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung

erstattet Hilferding. Er führte unter anderem aus: Die deutsche Arbeiterkraft kam durch die Revolution zur Macht in einer Zeit, wo die Vorbedingungen zur Erhaltung ihrer Macht noch nicht gegeben waren. Am 9. November hatten wir die politische Macht allein. Ein großer Teil der Arbeiter war aber der Meinung, er könne die Macht nicht ausüben, ohne die Koalition mit den bürgerlichen Parteien fortzusetzen.

Die Revolution geriet in Gefahr, in Lohnbewegungen aufgelöst zu werden.

So kam es, daß in der ersten Periode nach der Revolution die Sozialisierung keine Fortschritte machte. Die Arbeiterkraft hat sich der ökonomischen Macht nicht bemächtigt. So kamen dann die Kämpfe innerhalb der Arbeiterklasse, die es gestatteten, daß das Bürgertum seine Macht wieder befestigen konnte.

In den ersten Monaten der Revolution wurde die Arbeitszeit verkürzt die Löhne gingen in die Höhe. Diese Bewegung hat aber nicht lange angehalten. Heute sind die Löhne in Deutschland niedriger wie in irgendeinem anderen Lande. Vermögens- und Erbschaftssteuern wurden noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung betrieft. Die von der Nationalversammlung beschlossenen Besteuerungen sind bis jetzt nicht erhoben. Die Einkommensteuern werden jetzt nur erst von den Arbeitnehmern durch Lohnabzug erhoben, während von den übrigen Bevölkerungsschichten bis jetzt noch nicht die neuen Steuerliche erhoben werden. — Die Kaufkraft der breiten Masse ist so geschwächt, daß die Produktion keinen Absatz mehr findet, denn die Löhne sind sehr stark hinter den Preisen zurückgeblieben. In England und Frankreich sind die Löhne sechs- bis siebenmal so hoch als in Deutschland. Die Zeit nach der Revolution ist nach einem kurzen Aufstieg zu einer

### Periode der Verelendung

geworden. Dagegen hat die ökonomische Macht der Kapitalistenklasse nichts eingebüßt. Profitoraten von 100—120 Prozent sind nichts seltenes. Gleichzeitig hat sich eine innere Stärkung der Kapitalistenklasse vollzogen. Es setzt sich auch eine immer größere Herrschaft der Kapitalmagnaten durch.

Die fortschreitende Geldentwertung hat ihre Ursache in der Zerrüttung unseres Staatshaushalts. Wir haben im Rechnungsjahr ein Defizit von 66 Milliarden und 268 Milliarden Schulden, und für weitere Verpflichtungen wird noch Deckung gesucht. Unter dieser Defizitwirtschaft müssen wir auf das schwerste leiden. Die Methoden der bürgerlichen Steuer- und Wirtschaftspolitik können uns nicht über den Berg helfen, ohne daß die Massen noch weiter verelendet werden. Notwendig ist eine Steigerung der Produktion, wenn wir aus dem Rasenelend herauskommen wollen. Die Wirtschaft muß planmäßig eingerichtet werden zur Bedarfsdeckung. Das heißt Abschaffung der privatkapitalistischen Wirtschaft und

### Einführung der sozialistischen Wirtschaft.

Die kapitalistische Wirtschaft hat zur Konzentration der Betriebe und der Kapitalien geführt, dann zur Zentralisierung und zur Verbindung der Industrie mit dem Bankkapital.

Für und handelt es sich um die Frage, ob die Wirtschaft hierarchisch oder demokratisch organisiert sein soll. Wir verlangen, daß die Produktion nicht ausgeübt wird im Interesse einzelner Kapitalmagnaten, sondern im Interesse der Gesamtheit. Darum kann es für den Sozialisten kein Zusammenarbeiten mit der Kapitalistenklasse geben. Wir können nicht die Kapitalisten als Leiter der Produktion erhalten und die Preise durch Verordnungen regeln. Solange der Kapitalismus besteht, bleiben auch seine Preisgesetze bestehen. Diese können wir nicht ausschalten. Aber den Kapitalismus können wir aus der Produktion ausschalten. Es ist undurchführbar, den Kapitalismus beizubehalten, aber die aus ihm entspringenden Gesetze durch Verordnungen aufzuheben. Auch der Grundbaustein ist zu verworfen, daß in der Wirtschaft Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern herrschen soll. Das ist ja gar keine Parität, wenn auf der einen Seite wenige Kapitalisten, auf der anderen Seite die vielen Arbeiter stehen. Eine solche „Parität“ befestigt die Macht der Kapitalisten. Für uns scheidet jede Art der Planwirtschaft aus. Wir fordern die Abschaffung des Kapitalismus.

### Sozialismus ist eine Machtfrage.

Die Sozialisierung muß in Westeuropa so vollzogen werden, daß der Fortgang der Produktion nicht gestört wird und daß die Produktion gesteigert wird, denn was wir brauchen, müssen wir mit Waren bezahlen. Der Sozialismus stellt hohe Anforderungen an die geistigen Fähigkeiten der Arbeiter. Wenn sie auch durch den Sozialismus die Herren der Produktion werden, sie müssen sie sich doch bewahren, daß sie Arbeiter bleiben. Eine richtig durchgeführte Sozialisierung bringt ohne Zweifel eine Steigerung der Produktion mit sich, denn wenn die Arbeiter nicht mehr für den Kapitalisten, sondern für den Bedarf der Gesamtheit arbeiten, dann werden sie die Freude am Werk haben, die ihnen die kapitalistische Wirtschaft nicht geben kann. — Kapital- und Handarbeiter müssen zusammenarbeiten. Wegen dieser Verbindung kann keine Macht der Welt aufkommen. Unter Sozialisierung verstehen wir nicht Fiskalisierung und Bureaucratisierung, sondern eine

### demokratisch-parlamentarisch organisierte Produktion.

Tadel wird der Weltbewerber, der zur Verwirklichung der Produktion nötig ist, keineswegs ausgesprochen. Es liegt auch im Interesse des Arbeiters, die Technik zu vervollkommen. Es ist ja gar nicht richtig, daß es die Initiative der Unternehmer ist, die den Produktionsprozess verbessert. Ihre Energie liegt meist auf kaufmännischem Gebiet. Die Fortschritte in der Technik werden meistens von Angestellten und Arbeitern gemacht. Die technischen Leiter werden einer sozialisierten Industrie genau so zur Verfügung stehen wie dem Kapitalismus. Das erste Ziel unseres Kampfes muß sein, uns in den Besitz der Machtpositionen des Kapitals zu setzen und sie im Interesse der Allgemeinheit auszuüben. Wenn wir die wichtigsten Rohstoffe: Kohle, Eisen, Elektrizität in der Hand haben, dann können wir die ganze Industrie beherrschen und die Gemeinwirtschaft durchzuführen.

Bei der Sozialisierung der Landwirtschaft darf der Großgrundbesitz nicht zerstückelt werden. Wir wollen auch die Bauern nicht enteignen. Für die Sozialisierung kommen in Westeuropa andere Methoden in Frage wie in Rußland.

Die transigen Zustände im Baugewerbe drängen zur Sozialisierung. Wir brauchen die Kommunalisierung des städtischen Grundbesitzes und eine sozialistische Wohnungspolitik. Auch die Industrie der Bauwerke müssen in Verbindung hiermit sozialisiert werden.

Für unsere Tagung ist ein Gebiet von großer Bedeutung: Der Reichswirtschaftsrat wird sich noch in dieser Woche mit den Vorschlägen der Sozialisierungskommission beschäftigen. Es liegen zwei Vorschläge vor, der eine ist für die Vollsozialisierung des Bergbaues, der andere für die Teilsozialisierung.

bei der der Kapitalist erhalten bleibt. Mein Standpunkt ist der, daß die Vollsozialisierung des Bergbaues unsere höchste Forderung ist. Wenn wir eben nicht alle Industriezweige gleich sozialisieren können, dann muß wenigstens da, wo wir sozialisieren, der Kapitalismus ganz abgeschafft werden. Der Vorschlag der Teilsozialisierung wird uns einen

### 30jährigen Krieg mit dem Unternehmertum

bringen, denn sie werden in der Übergangszeit alles daran setzen, um den Bereich für sich zu behalten. Die kapitalistische Herrschaftsstellung bleibt bei der Teilsozialisierung erhalten und das Interesse der Arbeiter an der Produktion kann dabei nicht aufkommen. Wenn die nötige Kampfentscheidung in der Arbeiterkraft erzeugt werden soll, kann es nur geschehen im Kampf für die Vollsozialisierung und in dem Bewußtsein, daß die Sozialisierung der anderen Industrien nachfolgt.

Im Kampf für die Sozialisierung haben die Gewerkschaften und die Betriebsräte ihre ganze Kraft einzusetzen. Es ist sehr wichtig, daß die Gewerkschaften eine geistige Umwandlung erfahren haben. In England hat sich der Gildensozialismus herausgebildet, der sich auf die Gewerkschaften stützt. Das hat zur Voraussetzung das

### Zusammengehen von Hand- und Kopfarbeitern

und die Umwandlung zu Industrieverbänden. Damit sind die englischen Gewerkschaften unmittelbar zu Trägern des Sozialismus geworden. Auch in den deutschen Gewerkschaften haben wir in dieser Hinsicht einen Fortschritt erlebt. Die Bergarbeiter verlangen die Sozialisierung. In diesem Kampf müssen sich alle Gewerkschaften hinter die Bergarbeiter stellen. Das setzt allerdings gewisse Umformungen voraus, wie sie die englischen Gewerkschaften vollzogen haben.

Wenn die Betriebsräte ihre Aufgaben erfüllen sollen, müssen sie sich die

### erforderliche Bildung

erwerben. Sie dürfen nicht den Betriebsrat im Auge haben, sondern den Zweck, den Sozialismus durchzuführen. Diesem Zweck müssen alle Augenblicksinteressen untergeordnet werden. Schwere Kämpfe stehen bevor. Dazu brauchen wir die Einigkeit des Proletariats. (Sehr richtig!)

Im Kampf für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues können wir das gesamte Proletariat anziehen. Haben wir in diesem Kampf gefestigt, dann haben wir eine Kampfbasis errungen, von der aus wir die Sozialisierung weiter betreiben können. Wir führen diese Kämpfe in der Überzeugung, daß wir dadurch eine neue Ära der Kultur herbeiführen. Wir wollen uns für diesen Kampf härten. Er ist des Preises wert. Wir brauchen zu diesem Kampf auch etwas, was uns seit dem 4. August mehr und mehr abhand gekommen ist: Mehr Idealismus. Wir wollen uns die Idee des Sozialismus nicht bewahren lassen, wir wollen sie tragen bis zum Siege. (Lebhafter Beifall.)

Schaumburg-Berlin teilt zur Geschäftsordnung mit, daß die Opposition nach Schluß der Sitzung eine besondere Sitzung abhält. Vor Kaufhäuser: Das war nicht zur Geschäftsordnung gesprochen. Von etwaigen Sitzungen der Opposition hat das Bureau nicht Kenntnis zu geben.

Damit schließt die Sitzung um 6 1/2 Uhr. Heute früh 9 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Die unabhängige Urabstimmung.

Folgende Zahlen liegen vor: Leipzig (Endresultat) 12 723 gegen 8443 für Moskau, Wahlbeteiligung 35 Proz.; Groß-Dresden 780 gegen 845 für Moskau; Wilhelmshaven 287 gegen 222 für Oldenburg-Land 408 gegen 70 für.

Der Bezirksparteitag der U.S.V.D. Magdeburg-Anhalt hat nach zweitägiger Erörterung die Moskauer Bedingungen mit 43 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

## Bergarbeiterkonferenz verlagt.

Bonn, 4. Oktober. (P. R.) Der Internationale Bergarbeiterkongress in Genf hatte bekanntlich beschlossen, daß der Internationale Bergarbeiterausschuß innerhalb zwei Monaten nach der Genfer Tagung zusammenzutreten habe, um den Stand der Sozialisierungsfrage in den verschiedenen Ländern zu prüfen. Anschließend an den Kongress hatte dann der Internationale Ausschuß in seiner konstituierenden Sitzung beschlossen, am 5. Oktober in London zusammenzutreten. Die Einladungen waren auch ergangen. Jetzt ist die Londoner Konferenz wohl mit Rücksicht auf die schwebenden Streitigkeiten im englischen Bergbau, durch telegraphische Benachrichtigung der beteiligten Organisationen auf unbestimmte Zeit verlagt worden.

## Tagung der entschiedenen Schulreformer.

Die Vortragsreihe des Bundes der entschiedenen Schulreformer wurde am Dienstag vor einer ebenso großen Zuhörerschaft fortgesetzt, so wandte sich der innere Ausgestaltung der neuen Schule zu.

Das einleitende Referat hielt Alexander Kästner. Er ging aus von der Notwendigkeit, den Arbeitsanforderungen der Arbeit durch organische, veränderliche Arbeitsweise nach zu entsprechen. Diese Arbeitsweise hat das Gemeinwohl der Bevölkerung zu ihrer Voraussetzung, zu ihm müssen wir die Jugend erziehen. Den roten Faden der neuen Schulwissenschaft wird die Entwicklung der menschlichen Arbeit bilden.

Den zweiten Vortrag bildeten tiefgreifende und lebendige Ausführungen des Hamburger Stadtschulinspektors G. H. Die neue Erziehung muß uns zum gestaltenden Menschen fähig zum Wissen führen. Das Kind lernt in den ersten 6 Lebensjahren ohne Unterricht mehr als in der gesamten Schulzeit, weil es im Spiel gestaltet. Daraus wächst von selbst der geistige Hunger, der sich im Fragen kundtut. Die alte Schule schloß aber an Stelle des fragenden Kindes den jagenden Lehrer. Der Lehrer selbst muß die Welt der geschilderten Arbeit, die Produktion kennen. Aber auch die Eltern müssen das neue Erziehungsideal in sich aufnehmen; viele Eltern erziehen ihre Kinder heute noch nach den Grundrissen des Mittelalters. Wir brauchen eine Mütterbewegung zwischen der Arbeiterschaft, der Industrie, den Eltern, den Lehrern. Wir wollen keine Festschadenänderung, sondern von innen nach außen bauen. Die Produktionschule können wir nicht mit individualistischen, sondern mit sozialen Menschen schaffen.

Als dritter Redner des Mittags legte Siegfried K. a. w. v. die Grundzüge der Erziehung in der Produktionsschule dar. Er forderte den Aufbau eines neuen Menschentums, ein Bewußtsein, welches Willen an Stelle des zufälligen in der Umwelt des Kindes, eine jugendliche Eigenwirkung und pädagogische Produktion (in dem bereits dargelegten Sinne).

Die Vorträge des Nachmittags wandten sich den Voraussetzungen für den Aufbau einer wissenschaftlichen Arbeitsschule zu. Neben der Umgestaltung der Lehrerbildung sprach Franz A. Müller über die notwendige Hochschulreform Hermann Brandt.

Die Referate des letzten Tages werden sich mit der finanziellen Grundlage und mit den Auswirkungen der Produktionschule beschäftigen. Anschließend finden Besichtigungen von Volksschulen, Schulfarmen und Erziehungsheimen statt.

Wieder ein deutsches Großschiff unterwegs. Der neuerbaute Dampfer Hamburg von der Deutsch-australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft trat am Dienstag seine erste Reise unter deutscher Flagge nach Niederländisch-Indien an. Der Dampfer, der eine Wasserverdrängung von 18 000 Tonnen hat, ist ein der wenigen großen Schiffe, die die Entente der deutschen Reederei überlassen hat.



# Gewerkschaftsbewegung

## Der Etat der Betriebsrätezentrale.

Am Dienstagabend sollte die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission fortgesetzt werden, in der der Etat der Betriebsrätezentrale (Münzstraße) zur Verabschiedung gelangen sollte. Der Eintritt in die Tagesordnung bezweifelte Sabath die Beschäftigten der Versammlung, da von etwa 200 Delegierten nur 90 anwesend seien. Der Streik der Elektrifizierungsarbeiter und das damit in Verbindung stehende Verlangen der Straßenbahnen wägen die Hauptursache des schlechten Besuchs zu sein. Sabath empfahl Vertagung. Reimann (Fabrikarbeiter) schloß sich den Wünschen auf Vertagung an, schloß aber vor, der Betriebsrätezentrale einen vorläufigen Vorschlag von 20 000 Mark zu gewähren und im übrigen abzuwarten, welche Beschlüsse der in der Zwischenzeit tagende Betriebsrätekongress fassen werde. Reimann fand allgemeinen Widerspruch. Nachdem noch Bollmershaus und einige andere Redner für die Vertagung eingetreten waren, wurde die Generaldebatte über den Etat der Münzstraße bis zur nächsten Plenarversammlung vertagt.

### Der Streik im Zeitungsgewerbe.

Von den freitenden Angestellten des Zeitungsgewerbes, die Dienstag vormittag den großen Saal des „Deutschen Hofes“ bis zum letzten Platz füllten, führte Guillard folgendes aus: Infolge merkwürdiger Vorgänge ist es gestern abend zu einer Verhandlung zwischen uns und Arbeitgeberverband vor dem Schlichtungsausschuß nicht gekommen. Schon am 23. September hat die Afa den Schlichtungsausschuß anerkannt. Sechs Tage später riefen wir die gelben Gewerkschaften, die sich in Streikbruch machen, an. Trotzdem haben sie es durchgesetzt, daß ihr Verhandlungstermin zuerst angesetzt wurde. Als nun Montag die Afa-Vertreter vor dem Schlichtungsausschuß erschienen, fragte der Vorsitzende, ob sie neueinverständlich mit den Gelben verhandeln wollten. Das wurde natürlich abgelehnt.

Die gelben Bünde schlossen einen Vergleich, der nicht dazu angetan ist, unseren Kampf zu erschüttern. Die Verhandlungen über die Gehaltsfrage werden vorläufig zurückgestellt, bis die bevorstehenden Verhandlungen mit den Buchdruckern beendet sind. Diese beginnen am 25. Oktober. Weiter folgt der Vergleich: Sollten die Verhandlungen mit den Buchdruckern bis zum 25. November noch kein Ergebnis haben, so sind die Arbeitgeber bereit, schon zu diesem Zeitpunkt neue Verhandlungen zu beginnen. Dem Urteil über den Vergleich schloß sich die Versammlung an.

Neue Versammlung heute, 8 Uhr früh, im „Deutschen Hof“ (Ludowikstraße).  
2 Uhr: Funktionärerversammlung im „Alexandiner“.

### Lohnbewegung im Fleischergewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Seit dem 20. Mai 1920 bemühen sich die Angestellten im Fleischergewerbe um den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband für das Fleischergewerbe und der Berliner Fleischerinnung. Die Arbeitgeber haben dauernd die Verhandlungen sabotiert, indem die Vorstandsmitglieder entweder ohne oder mit unzulässigen Vollmachten zur Verhandlung erschienen sind. Am 16. Juni schloß man mit dem Deutschen Fleischergehilfenbund, Abteilung Verkäuferinnen, einen Tarifvertrag ab, welcher Gehälter von monatlich

im ersten Halbjahre von . . . 60 M.,  
zweiten . . . 110 „  
und nach einjähriger Tätigkeit . . . 160 „ vorläufig.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat sich in mehreren Terminen mit dieser Angelegenheit beschäftigt. In der Verhandlung am 9. September wurden wir aufgefordert, diesem Mustertarif beizutreten. Wir haben dies annehmen energisch zurückgewiesen, und der Schlichtungsausschuß hat dann einen Schiedsspruch gefällt. Die Arbeitgeber haben uns gleichzeitig zu einer Verhandlung am 20. September eingeladen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Arbeitgeber ernstlich gewillt sind, mit uns zu verhandeln. Wir haben uns aber in dieser Beziehung getäuscht. Als wir zur Verhandlung erschienen, fanden wir vor verschlossenen Türen. Eine solche Unanständigkeit ist uns bisher noch nicht vorgekommen. Wir glauben, daß die Konsumenten von Berlin ein Interesse daran haben, daß auch bei den Herren Fleischermeistern einmal geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten. Wir weisen schon heute darauf hin: Sollten die Arbeitgeber von ihrem ablehnenden Standpunkt nicht unzulässig Abstand nehmen, so würden wir uns veranlaßt sehen, mit den Fleischergehilfen gemeinsam den Streik für das gesamte Fleischer-

gewerbe zu proklamieren. Wir hoffen, daß die Konsumenten und in diesem Kampfe unterstützen werden.  
Auskunft über den Stand der Verhandlungen erteilt der Zentralverband der Angestellten, Hochstraße 17, Belleallianzstraße 7/10, Zentralverband der Fleischer, Abteilung Ladengehilfen, Elisabethstr. 11.

### Neue Lohnsätze der Kellerarbeiter.

Am 4. d. M. fand eine stark besuchte Versammlung der im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Kellerarbeiterinnen und Kutscher aus den Weingroßhandlungen sowie Mischfabriken statt.

Lieberson vom Deutschen Transportarbeiterverband berichtete über die Verhandlungen mit dem Verein der Weingroßhändler und dem Verein der Mischfabrikanten, die am 28. v. Mts. wegen Neuregelung der Lohnsätze stattgefunden hat. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten zuerst Lohn erhöhungen keine so weit vorgunehmen zu können. Angeblich seien sie jetzt nicht mehr dazu in der Lage. Nach längeren Ausführungen einigten sich die Parteien wie folgt:

Mit Wirkung ab 24. September 1920 treten zu den vereinbarten Wochenlöhnen das bestehende Tarifvertrages vom 24. April 1920 folgende Zulagen:

1. für erwachsene männliche Arbeiter . . . 40 M.
2. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 25 „
3. „ jugendliche männliche Arbeiter . . . 20 „

Nachdem am 29. v. Mts. eine Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte abgehalten wurde und diese beschlossen hat, den Mitgliedern die neuen Umrechnungen zu empfehlen, wurde nach sehr eingehender Aussprache die Zustimmung zu folgendem Lohnabkommen gegen wenige Stimmen gegeben. Die Lohnsätze sind folgende:

1. Der Wochenlohn beträgt für männl. Arbeiter vom vollendeten 20. Lebensjahre an bei Eintritt in den Beruf M. 235,—
2. nach 1/2 jähriger Berufstätigkeit . . . 240,—
3. nach einjähriger Berufstätigkeit . . . 245,—
4. Kutscher erhalten pro Woche M. 10,— mehr.
5. Der Wochenlohn für Arbeiterinnen vom vollendeten 18. Lebensjahre an beträgt beim Eintritt in den Beruf . . . 155,—
6. nach 1/2 jähriger Berufstätigkeit . . . 160,—
7. nach einjähriger Berufstätigkeit . . . 165,—
8. Plätscherinnen in Mischbetrieben erhalten 10 Proz. mehr.
9. Hilfskräfte, soweit sie ausschließlich in Wein- und Spirituosengeschäften beschäftigt sind, erhalten einen Zuschlag von 10,— M. pro Woche.

In den Weingroßhandlungen tritt die Erhöhung der Lohnsätze erst nach ein- bzw. zweijähriger Berufstätigkeit in Kraft. Gedruckte Vereinbarungen sind im Verbandsbureau, Engelstraße 15 Zimmer 38, zu haben.

### Verhandlungen im Hannoverschen Straßenbahnerkreis.

Der Reichsarbeitsminister hat, wie die Telegraphen-Union erzählt, verfügt, daß in den Streitigkeiten zwischen der Direktion der Hannoverschen Straßenbahn und ihrer Arbeiterschaft gemäß einer Verordnung vom 22. Dezember 1918 eine Einigung im Schiedsverfahren durchgeführt wird. Es soll über alle zwischen den Parteien strittigen Punkte entschieden werden. Die Verhandlungen sollen am 9. Oktober im Reichsarbeitsministerium unter Leitung von Unparteiischen stattfinden. Der Direktion der Straßenbahn ist die Ernennung von 5 Beisitzern aufgegeben. Wenn die Direktion ablehnt, soll der Oberpräsident von Hannover im Auftrag des Reichsarbeitsministers ernennen. Der Straßenbahnverkehr ruht nun bereits seit etwa 10 Wochen.

Der Reichstarif im Baugewerbe abgeschlossen! Nachdem der Schiedsspruch für einen Reichstarif im Baugewerbe vom 24. Juli 1920 durch die Vorbehalte der Parteien zu den Verhandlungen und Vorschlägen der Gewerkschaft vom 7. September 1920 geführt hatten, ist es am 5. Oktober zu einer Einigung der Parteien gekommen, so daß der Tarif jetzt Wirksamkeit erlangt.

In diesem Sinne dürfte das nach einundeinhalbjährigem Bemühen zustande gekommene allgemeine Werk Befriedigung auslösen.

Konferenz der Gemeinde- und Gemeindeverbandsangehörten. Der Zentralverband der Angestellten veranlaßt für die ihm angeschlossenen Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände am 10. und 11. Oktober d. J. in Magdeburg, Kaiserstr. 18, Reichshallen, eine Konferenz. Auf ihr wird der vom Arbeitgeberverband deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände vorgelegte Entwurf eines Reichstarifvertrages für die gemeindlichen Angestellten mit zur Beratung gestellt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sect. I. Handelskassierarbeiter und -arbeitnehmer der Gruppe VI aus dem Bereich der Herrenmüllerei, Strassen- und Säckfabrikation. Donnerstag 6/1, Uhr bei Witz, Poststr. 20; Gruppenversammlungen. — Vertrauensleute aus dem Papiergroßhandel. Donnerstag 5 Uhr bei Benjara, Reichstr. 15; Wichtige Sitzung. — Branche Fenster- und Pfeifengewerbe. Freitag 5 Uhr: Branchenversammlung im

„Englischen Hof“, Alexanderstr. 27a. — Leitergerüstbauer. Donnerstag 6 Uhr bei Ketz, Tepler Weg 91; Solberrammlung.

Zentralverband der Fleischer. Bezirksversammlungen. Heute: Neutölln-Bezirk 7 Uhr bei Balesch, Neutölln, Boddwiler 57. Weingroßhändler-Bezirk 7 Uhr bei Weber, Weingroßhändler 37. Ede Streuwerke. Charlottenburg-Bezirk 6/1, Uhr bei Rummel, Charlottenburg, Frankfurterstr. 113. Ede Derystraße. Donnerstag 6 Uhr bei Schöneberg-Friedenau-Bezirk bei Dero, Schöneberg, Neumarkt 16, umweit Ringbahnstr. Schöneberg. Parlow-Niederbarnhauer 7 Uhr bei Engel, Parlow, Mühlentw. 45. Freitag 7 Uhr Reinickendorf-Bezirk bei Engel, Parlow, Reinickendorf, Wronitzstr. 113.

Zentralverband der Angestellten. Heute: Nachgruppe 1b (Boll- und Telegraphenangehörige) Funktionärerversammlung 7 Uhr Verbandsrat, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Nachgruppe 6b (Bauingenieurwesen) Mitgliederversammlung 7/1, Uhr Bergstraße, Belle-Alliance-Str. 106. — Nachgruppe 7 (Baren, Kaufhäuser und Einzelhändler). Funktionärerversammlung 7/1, Uhr Schützengasse, Neue Jakobstr. 24/25. — Nachgruppe 12a (Baumaterialien - Großhandel, Baumaterialien, Steine, Erde). Mitgliederversammlung 7/1, Uhr Verbandsrat, Roter Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Nachgruppe 16 (Buch- und Zeitungsgewerbe, Papier-, Pappeindustrie und -handel, Druckereien). Mitgliederversammlung 7/1, Uhr Rosenhaller Hof, Rosenhaller Str. 11/12.

Betriebsräteklub der Afa. Der für Donnerstag vorgesehene Betriebsräteklub über Bilanz (Rückzahlung) kann nicht stattfinden, da der Dozent beruflich verhindert ist. Der Klub findet Donnerstag, 14. Okt., 7 Uhr, im Gesellschaftshaus am Hackeschen Markt (Jugendklub), Rosenhaller Straße 28, statt.

Deutscher Werkmeister-Verband. Nachgruppe Chemische Industrie. Sämtliche Werkmeister versammeln sich heute 7 Uhr in Gauerlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35. — Nachgruppe der Schläger- und Galvanisiermeister. Sämtliche Werkmeister dieser Industrie Donnerstag 6/1, Uhr im Schützengasse, Neue Jakobstr. 24/25.

## Parteinachrichten.

### Unsere Bildungsarbeit

Seit erfreulicherweise zum Beginn des Winters wieder überall auf. Der Zentralbildungsausschuß ist gern bereit, die deutschen Organisationsleiter zu unterstützen und stellt Material für die Bildungsarbeit jederzeit zur Verfügung.

In besondere sei verwiesen auf die Monatschrift „Arbeiterbildung“, die für alle Bildungsausschüsse und für jeden, der im Dienste der Arbeiterbewegung tätig ist oder sich im Sinne des Sozialismus weiterbilden will, eine fruchtbarere Anregungen enthält. Soeben beginnt ein neues Quartal für den Bezug der Zeitschrift. Früher als gewöhnlich — um nach rechtzeitig vor dem Parteitag zu erscheinen — ist Heft 4 herausgegeben, aus dessen Inhalt wir hervorheben: Das Parteiprogramm von Adolf Braun; Weltwende von Joh. Schull (zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus); Die Bildungsfrage und die „Akademie der Arbeit“ von Hugo Einzeimer; Eine Fortbildungsdisposition zu Friedrich Engels' 100. Geburtstag von Conrad Schmidt; Ludwig von Bechler, eine Fortbildungsdisposition zu seinem 150. Geburtstag, von A. Guttman; Die Erziehung zum Führer von W. Feiler; Tribune der Jugend; Weimar und die Jungsozialisten; die jungsozialistische Gemeinschaft und die aktive Parteilichkeit. Außerdem enthält das Heft noch Ueberblicken: für die Praxis der Bildungsausschüsse, Volkshochschule, Umschau, die jungsozialistische Bewegung. Die „Arbeiterbildung“ wird am besten durch die Post bezogen und kostet pro Quartal 7,50 M.

## Aus aller Welt.

„Bismarck“ ausgebrannt. Auf dem auf der Werft von Blohm und Hoy auf Steinwürder im Bau befindlichen Riesendampfer „Bismarck“ war heute nacht Großfeuer ausgebrochen. Der Dampfer ist inwendig ausgebrannt. Der „Bismarck“ ist der größte Dampfer der Welt, fast 55 000 Tonnen und soll laut Friedensvertrag abgeliefert werden.

Schädliche Goldsendungen. Frankfurt a. M., 5. Oktober. (RFR.) Einem Pariser Telegramm zufolge hatte der im Hafen von Longjumeau eingetroffene dänische Dampfer Petrel 6000 Kilogramm Goldbarren an Bord in einem Werte von 48 Millionen Franken. Diese Ladung wurde in Mexiko eingenommen, das Gold wurde sofort nach Lyon geschickt. Es ist unbekannt, für welche Aktion die Sendung stattgefunden hat.

## Briefkasten der Redaktion.

6. 9. 1000. Im Abdruck 2. Band, Teil IV, Seite 60 und 61 finden Sie Briefmarkenhandlungen bezeichnet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Heißer, klarer und trockener, fortwährend kühl bei mäßigen Winden.

Verordn. für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Grotz, Berlin. Verlag: Deutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 1 Blatt.

**RUSTIKA FEDER**  
Die Feder unserer Zeit.  
Zu beziehen durch die Schreibwarenhandlg.  
**BRAUSE & CO. JSERLOHN**

Ziehung am 13. und 14. Oktober für die Freiwilligen Sanitätskolonnen — vom Roten Kreuz —  
100 000 Lose — 415 Gewinn L. Gesamtzw.  
**100 000 M.**  
**50 000 M.**  
Rote Kreuz-Lose 36 M. [Lose 36 M.]  
Porto und Liste 90 Pfg. extra.  
Zu haben in allen Lotteriegeschäften und durch  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin W. 56, Werdener Markt 10.

**Phorosan - Heilinstitut**  
für Haut-, Geschlechtskrankheiten u. Frauenleiden  
Großbeerenstr. 67.  
Gonorrhoe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphilis. Streng wissenschaftlich. Spez. ärztl. Leitung. Separate Zimmer. Sprechstunden 11-5 außer Dienstag, Sonntags 10-12. — Kurdauer siehe Broschüre: „Die Gonorrhoe und ihre Zwillingskur“ N. 3. — Prospekt V gegen Porto.

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen.  
**Billige Pelz- & Plüschmäntel!!**  
Entzückende Plüschmäntel auf Damassellutter 1209, 1417, 1728  
Seiden-Astrachan-Mäntel auf Ia Futter 682, 794, 856  
Vornehme Pelzmäntel 3975, 4825, 5900  
Pracht-Ulster, mollig 156, 275, 396, 538  
**Nur für einige Tage!!**  
Impr. Seidenmäntel 250.- Impr. Covercoatmäntel 229.-  
Kostüme auf Futter 241.- Modell-Kostüme 798.-  
Gesellschaftskleider 813.- Sportjacken v. 45.- bis 373.-  
Stoffröcke 55.-  
Gummimäntel für Damen und Herren 410, 540

**Westmann**  
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a  
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

**Möbel**  
Bar oder Teilzahlung  
bei kleinster Anzahlung  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen  
Schlafzimmer  
Wohnzimmer  
Herrenzimmer  
Speisezimmer  
Bunte Küchen  
Einzelne Möbel  
Liefere auch n. auswirts. Lagerung kostenlos.  
**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 68  
5 Min. vom Alexanderplatz.  
Filiale: Badstr. 47-48.  
5 Min. v. Bf. Gesundbr.

**Pelz-**  
Kragen - Muffen - Mäntel  
Zahlungsrichtung:  
Polshaus  
**CAUCO**  
Leipziger Str. 58  
Lumpen  
Papier  
Metalle  
Eisen  
H. Samuelsohn  
kauft, tadelt, zu höchst. Tagespreis  
Moritzstr. 38  
Moorstr. 480.

**Kapitalanlage**  
**Gothaer**  
Lebensversicherungsbank  
auf Gegenseitigkeit. Begründet 1827.  
Bisher abgeschlossen Versicherungen  
**2 Milliarden**  
**600 Millionen**  
Mark.  
Alle Überschüsse gehören den Versicherten  
Auskünfte erteilen kostenlos:  
Karl Straube, Berolin-Mittelstr. für Preussen, Berlin SW, Zimmerstr. 57. Fernruf: Zentrum 2601 und 2602.  
A. Jastko, Berlin N., Schönhauser Allee 140. Fernruf: Norden 3378.  
Hermann Nachrodt, Berlin SW, Johanniterstr. 5. Fernruf: Moritzplatz 4928.  
E. Gebhardt, Berlin SW, Schützenstr. 6. Fernruf: Zentrum 1892.  
Dr. Wurfchmidt, Berlin - Friedenau, Stubbenrauchstr. 46. Fernruf: Pank. 2368.  
Job. Will. Schulz, Potsdam, Breite Str. 12.  
H. Jenner, Berlin-Britz, Hanneemannstr. 31.

Das Christusproblem gelöst! (Soeherschem Vor 1906 Jahr.)  
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mittelw. Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essenerbundes, einer Art Freimaurer-Verbindung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandria. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mythischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Fers. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denker wird das Werk unbedeutend aus der Hand legen. Preis Mk. 6,30 und Mk. 1,30 fr. Nachnahme.  
Gr. Bücherhandel gratis. Alfred Donath, Verlag, Leipzig